



3/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

SPEZIAL ZUM
NACHHALTIGKEITSGIPFEL
DER VEREINTEN NATIONEN

GROSSE ZIELE, ABER KEIN PLAN.
WO STEHT DIE AGENDA FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?

SPEZIAL ZUM NACHHALTIGKEITSGIPFEL DER VEREINTEN NATIONEN

Friede, Freude, SDGs?

In der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ist dieses Jahr ein erstes Bilanzziehen vorgesehen

Elisabeth Staudt

Viel heiße Luft

Politik für die Armen mit Hilfe der Wirtschaft?

Marita Wiggerthale

Kein Hunger bis 2030

Längst eine Illusion?

Lena Bassermann

Ganzheitliche Ansätze für verbesserte Gesundheit

Warum medizinische Fortschritte nicht ausreichen, um Krankheiten zu bekämpfen

Mareike Haase

Bildung und SDG 4

Die Suche nach öffentlichen Mitteln

Antonia Wulff

Chemisches Ungleichgewicht

Geschlechter(un)gerechtigkeit in der Welt der Chemie

Anna Holthaus und Dr. Minu Hemmati

Recht auf Wasser durch

Unternehmenspartnerschaften?

Die Vereinten Nationen sind auf dem falschen Weg

Rainer Heinrich

Unzureichende EU-Klimaziele durch Bioenergiepolitik zusätzlich gefährdet

Wird die neue EU-Führung erneut eine führende Rolle beim Klimaschutz einnehmen?

Linde Zuidema

Ewiges Wachstum?

Der verhängnisvolle Fehler im Plan zur Bekämpfung der Armut und der Rettung unseres Planeten

Joan Martinez und Nick Meynen

2	Verkehrsinfrastruktur umbauen	20
	Warum die Entwicklungen noch immer zu wenig mit Nachhaltigkeit zu tun haben	
	<i>Jens Hilgenberg</i>	
4	Was soll denn Entwicklungspolitik mit Migranten zu tun haben?	22
	Eine migrantische Perspektive zur Umsetzung der SDGs	
	<i>Jana Michael</i>	
6	Das Recht auf Wohnen umsetzen!	24
	Für eine rebellische, linke, solidarische Stadt	
	<i>Stefan Thimmel</i>	
8	AUS DER MODE	26
	Wie zivilgesellschaftliche Kampagnen weltweit gegen unregulierte Produktionsbedingungen vorgehen	
	<i>Anne Neumann</i>	
10	Prima Klima für lau?	28
	Wer Klimaschutz will, kann nicht auf Privatinvestitionen setzen	
	<i>Johannes Grün</i>	
12	Ja, ja, so blau, blau, blau ist die nachhaltige Wirtschaft	30
	Rettung der Meere durch die Blue Economy?	
	<i>Marie-Luise Abshagen</i>	
14	Holzproduktion versus Gemeinwohlleistungen	32
	Unterstützt unsere Forstwirtschaft die UN-Nachhaltigkeitsziele?	
	<i>László Maráz</i>	
16	(K)Ein bisschen mehr Frieden?	34
	Unberechenbare Rüstungsexportpolitik konterkariert friedenspolitische Bemühungen der Bundesregierung	
	<i>Dr. Barbara Happe</i>	
18	Billionen für die Verwirklichung der Agenda 2030	36
	Von der „Transformation unserer Welt“ zum Anlagemodell?	
	<i>Wolfgang Obenland</i>	



**Forum Umwelt
und Entwicklung**

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2019.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Marijana Todorovic, Josephine Koch und Ramona Bruck **KORREKTORAT:** Julia Rintz und Marion Busch **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Jean-Philippe Delberghe / Unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 11. August 2019



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

an diesem 24. und 25. September kommen die Staats- und Regierungschef dieser Welt in New York zusammen, um erstmals eine Zwischenbilanz zum Umsetzungsstand ihrer gemeinsamen Nachhaltigkeitsagenda zu ziehen. Ein weiterer UN-Gipfel also, bei dem sich unsere Regierenden treffen – um zu reden und sich bestenfalls Verantwortlichkeiten hin und her schieben oder schlimmer noch, die Missstände klein- und schönreden. Aber sie lassen sich nun mal nicht weglächeln.

Auch ohne Gipfel wissen wir bereits, dass die Zahl der Hungernden wieder steigt, die Ärmsten immer ärmer und Reichen absurderweise immer reicher werden, die Artenvielfalt dramatisch abnimmt und die Klimakrise unvermindert voranschreitet – mit

einem Wort, wir entwickeln uns nicht hin zu einem nachhaltig gerechten Miteinander in dieser Welt, sondern eher davon weg. Dabei steht genau das hinter den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals (SDGs), denen sich die 193 UN-Staaten im Jahr 2015 verschrieben haben: die Sicherstellung einer gerechten gesellschaftlichen Entwicklung auf sozialer, ökonomischer und ökologischer Ebene. Vorrangig geht es dabei um die Verringerung von ungleichen Lebensstandards in und zwischen den Staaten, die Schaffung von Chancengleichheit aller Menschen und den Erhalt von Ökosystemen. Bis 2030 soll jedes Land eigene Maßnahmen umgesetzt haben, die zur Erfüllung dieser Ziele führen.

In dieser Sonderausgabe des Rundbriefs reflektieren unsere AutorInnen die 17 SDGs in 17 Artikeln aus sehr unterschiedlichen Perspektiven. Sie schauen dabei nicht nur darauf, was die SDGs weltweit bisher gebracht oder eben nicht gebracht haben, sondern auch, welchen Beitrag Deutschland hierzulande aktiv leistet, die massiven Defizite strukturell aufzubrechen. Um es vorwegzunehmen: leider nicht allzu viel. Denn den SDGs fehlt es an einem konsistenten Umsetzungsplan. Hehre Ziele an sich können gegen die vorherrschende Profitmaximierungslogik und mächtige Wirtschaftslobby schließlich nicht viel ausrichten.

An vielen Stellen dieser Ausgabe wird deutlich, wie im Namen der SDGs Unternehmensprofite steigen, kaum aber Verbesserungen für die Allgemeinheit geschaffen werden, weder in Deutschland noch anderswo. Die neoliberale Ökonomie, die trotz der weitreichenden Ziele für nachhaltige Entwicklung, aber gerade wegen einer zu abstrakten Agenda ohne verbindliche Strukturmaßnahmen weiter Fahrt aufnimmt, führt die SDGs teils sogar ad absurdum. Egal ob im Bereich Städte, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wasser, Meere oder Wälder. Überall sind unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeitsziele Privatisierungen und zweifelhafte Kooperationen mit der Privatwirtschaft an der Tagesordnung, die vor allem eben jenen Unternehmen nutzen, nicht aber den Menschen und der Umwelt. Nicht zuletzt das irrsinnige Festhalten an einem unbegrenzten Wirtschaftswachstum, das dem SDG 8 explizit eingeschrieben ist, zeigt, dass es auch schon Fehler in der Zielkonzeption gibt. Doch einen Plan, wie die großen, doch zumeist richtigen Ziele der globalen Nachhaltigkeitsagenda durchzusetzen sind, ohne die Macht der Großkonzerne strukturell anzutasten und bestehende Widersprüche zu reproduzieren, gibt es nicht. Wie auch.

In unzähligen lokalen Initiativen, Sozial- und Umweltbewegungen zeigen Menschen, wie es besser laufen kann und muss. Die BürgerInnen sind da längst viel weiter als die Politik. Am 20. September, kurz vor dem SDG-Gipfel, werden sie das wiederholt zum Ausdruck bringen und weltweit streiken für eine solidarische, nachhaltige und klimafreundliche Zukunft.

Eine gute Lektüre!

Josephine Koch



FRIEDE, FREUDE, SDGS?

In der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ist dieses Jahr ein erstes Bilanzziehen vorgesehen

Vier Jahre nach Verabschiedung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) am 25. September 2015 steht in diesem Jahr ein wichtiger Meilenstein für die Überprüfung der bisherigen Umsetzung an. Am 24. und 25. September kommen Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt in New York zusammen um sich der Frage zu widmen, wie erfolgreich ihre Länder in den letzten Jahren an der Erreichung der Zielagenda gearbeitet haben. An dieser Stelle hören die guten Nachrichten allerdings schon auf.

DER IM Sommer veröffentlichte Zwischenbericht des UN-Generalsekretärs¹ zeichnet ein klares Bild über die bisherige Umsetzung – oder um genauer zu sein: über die bisherigen Verfehlungen in der Umsetzung. Sehr deutlich wird, dass bisher kaum Fortschritte bei der globalen Umsetzung der 17 Ziele erreicht wurden. In einigen Bereichen ist die Entwicklung sogar negativ hinsichtlich der Ausgangsbedingungen in 2015 verlaufen. Die Nicht-Erfüllung der Ziele für das Jahr 2030 ist also bereits vorprogrammiert. Auch der Sustainable Development Report der Bertelsmann Stiftung² hat wenig gute Worte übrig für die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft den Kurswechsel in zu einer nachhaltigen Entwicklung zu vollziehen.

Was ist passiert?

Für das bisherige Versagen Gründe zu finden ist sicherlich so komplex wie die Erreichung der Ziele selbst. Recht offensichtlich ist das Versagen die Agenda als das übergreifende, transformative Zielsystem zu begreifen, als das es konzipiert wurde. Dass sie etwas mehr beinhaltet als eine etwas grün angestrichene Entwicklungsagenda, ist in den meisten Regierungen noch nicht angekommen. Oder dass sie auch national ausgerichtete Politikentscheidungen beeinflussen soll, ist in der Umsetzung wenig zu erkennen. Aber die Tatsache, dass es essenziell für die Umsetzung der SDGs ist, dass auch das Wirtschafts-, Agrar- oder Verteidigungsministerium ihre Arbeit an den Zielen der Agenda 2030 ausrichten, ist ungefähr so angenehm und erfolgreich zu kommunizieren wie die Unvereinbarkeit des vorherrschenden

Wachstumsparadigmas mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung oder die Notwendigkeit Deutschlands seinen Konsumanspruch in den nächsten Jahren drastisch zu reduzieren. Solange diese Grundsatzfragen nicht angegangen werden, wird wohl jede noch so gut gemeinte Zielagenda am Ende zum Scheitern verurteilt.

Schwerwiegend kommt hinzu, dass die Agenda mit ihren 17 (Fach-) Zielen den verantwortlichen Stellen alle Türen für ein Silodenken eröffnet. Was bereits in den Verhandlungen der Agenda befürchtet wurde, wird bei dem Versuch der Umsetzung umso deutlicher. Mit dem sogenannten Cherry-Picking (Rosinenpicken) wählen die umsetzenden Akteure genau diese Ziele und Unterziele aus, die ihren bisherigen Kurs weiter stärken oder ihre Aktivitäten sogar in ein Licht der Nachhaltigkeit tauchen. Der Grundsatz, dass nur wer die Agenda in ihrer Gesamtheit umsetzt auch zu einer Zielerreichung beiträgt, wird in der Praxis selten gelebt. Vermutlich ist der Anspruch „immer alles richtig zu machen“ auch etwas hoch gegriffen. Doch zunehmend profilieren sich Regierungsstellen und wirtschaftliche Akteure mit äußerst fragwürdigen Beiträgen als starke Umsetzungspartner für die Agenda 2030.

Nachhaltigkeit liegt im Auge des Betrachters?

Im Vergleich mit einer weiteren globalen Zielagenda aus dem Jahr 2015 – das Paris-Abkommen – wird der Agenda 2030 häufig „weiche Zielvorgaben“ und unklare Definitionen von nachhaltiger Entwicklung unterstellt. Tatsächlich war der globale Diskurs um das Konzept bereits deutlich weiter, denken wir nur an Debatten um

alternative Wohlmessung oder planetare Grenzen. Doch im Zuge der nationalen Umsetzung wurden die SDGs schnell wieder mit traditionellen Bewertungsmodellen verbunden. Auch die Liste der 232 Indikatoren, die mit der Verabschiedung festgelegt wurde, findet in der nationalen Umsetzung wenig Beachtung und eröffnet damit natürlich die Möglichkeit für eine weitere Verwässerung der Zielvorgaben. Auch in Deutschland wurde ein eigenes Indikatorenset zur Fortschrittmessung entwickelt und zwar unter weitestgehender Eigenverantwortung der einzelnen Fachressorts. Die daraus resultierenden Unterschiede im Ambitionsniveau und selbst die grundverschiedene Herangehensweise an das Konzept von Nachhaltigkeit dürften vor diesem Hintergrund keine Überraschung darstellen.

Aber schön bunt sind sie ja!

Anstatt sich also in lange überfälligen Debatten um unsere Vorstellung von Gerechtigkeit und Wohlstand zu verstricken, fokussieren sich die Umsetzungsbemühungen der SDGs inzwischen lieber auf ein sehr spezifisches Thema: die Kommunikation. Innerhalb kürzester Zeit scheint es oberstes Staatsziel geworden zu sein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die 17 Ziele aufsagen kann. Und wie wunderbar sich doch Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Plakatwände mit diesen schönen, bunten Icons aufhübschen lassen. Der Dekorationswille scheint groß, sei es nun in Nachhaltigkeitsberichten von Großkonzernen oder klassischen Alltagsprodukten vom Brillentuch bis zum Bierdeckel. Die Motivation hinter diesen Marketingkonzepten bleibt

überwiegend unklar, wobei wichtig ist hervorzuheben, dass wir der Umsetzung nicht einen winzigen Schritt nähergekommen sind, nur weil der Wiedererkennungswert der Agenda gesteigert wird.

Besonders besorgniserregend ist dabei die unterschwellige Vorstellung, dass die Transformation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells auf der individuellen Ebene angegangen und sogar gelöst werden kann. Die Umsetzung der Agenda 2030 ist die Aufgabe und Verantwortung der Regierung für ihre BürgerInnen und nicht umgekehrt. Anstatt dessen werden lieber Steuergelder dafür verwendet zu suggerieren, wie wir mit einfachen Handlungstipps im Alltag die Welt retten können. Ganz nebenbei werden diese Kampagnen dann noch dafür eingesetzt um die bisherigen Umsetzungserfolge der Bundesregierung in puncto Nachhaltigkeit zu bewerben. Ein bisschen mehr Ehrlichkeit und Selbstreflexion würde vielleicht in Zeiten von schwindendem Vertrauen in politische Institutionen Wunder wirken. Und das großzügige Kommunikationsbudget

ist möglicherweise bei den eigenen KollegInnen im Politikgeschäft besser aufgehoben.

Wie kann es weitergehen?

Die Parole dieser Tage ist klar: Wir brauchen Taten statt schöner Worte und Werbebilder. Doch welche Anlässe bieten sich dafür? Im Vorfeld des geplanten Gipfels im September macht sich Resignation breit – die Agenda für den Gipfel lässt keine konkreten Beschlüsse erwarten oder auch nur erhoffen. Auch ist die Teilnahme der Bundeskanzlerin weiterhin mit einem Fragezeichen versehen. International fehlt es aktuell an ernstzunehmenden Impulsgebern für mehr Nachhaltigkeit. Auf deutscher Ebene steht die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, also der offiziellen Umsetzungsstrategie der SDGs, an. Dieser Prozess wurde bereits mit verschiedenen Konsultationen gestartet, eine Auftaktkonferenz ist im Oktober angekündigt. Soll diese Überarbeitung wirklich Früchte tragen, muss klar sein, dass es eine gezielte Steuerung der SDG-Umsetzung mit konkreten

Zielvorgaben geben muss. Der Wille für Veränderung muss sichtbar werden, nicht bloß ein Feintuning von Altbekanntem und Verharren in traditionellen Denkmustern.



Elisabeth Staudt

Die Autorin ist Referentin für Nationale Nachhaltigkeitspolitik im Forum Umwelt & Entwicklung.

- 1 https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/22700E_2019_XXXX_Report_of_the_SG_on_the_progress_towards_the_SDGs_Special_Edition.pdf.
- 2 https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Sustainable_Development_Report_2019_complete.pdf.



© Sonia Goicoechea

Schleppende SDG-Umsetzung – Ein Spiel mit unserer Zukunft



VIEL HEISSE LUFT

Politik für die Armen mit Hilfe der Wirtschaft?

Immer mehr Unternehmen sind heutzutage an Entwicklungsprojekten in armen Ländern beteiligt. Nun will die Bundesregierung Unternehmensinvestitionen in Afrika verstärkt mit staatlichen Mitteln fördern. Dabei ist nicht belegt, dass Maßnahmen wie diese Armut mindern und gut für die Entwicklung sind.

DAS VERHÄLTNISS zwischen GeldgeberInnen und der Wirtschaft hat sich grundlegend verändert. Unternehmen sind heute regulär als Partner an Entwicklungsprojekten in armen Ländern beteiligt, auch in Deutschland. Mit dem Entwicklungsinvestitionsfonds will die Bundesregierung nun auch noch verstärkt Unternehmensinvestitionen in Afrika mit staatlichen Mitteln fördern. Dabei ist die Annahme von mehreren Geldgebern, dass die Kooperationen mit Unternehmen per se Armut verringern, nicht belegt.

Unternehmensförderung im Namen der Entwicklungspolitik

Während Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass die vergleichsweise bescheidenen Mittel für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit vor allem der Außenwirtschaftsförderung dienen, wurden die Finanzmittel für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft kontinuierlich erhöht. Im Haushaltsplan 2019 sind gut 178 Millionen Euro hierfür vorgesehen. Das Finanzvolumen der KfW-Entwicklungsbank ist bei den öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships, PPPs) sogar noch um ein Vielfaches höher: Nach Angaben der Bundesregierung wurden 2015 und 2016 PPP-Projekte in Höhe von 4 Milliarden Euro über die KfW finanziert. Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) verfolgt zunehmend das Ziel, Unternehmensinvestitionen mit Hilfe von Mitteln aus der Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren, ob über den Marshallplan, den Compact with Africa oder den mit einer Milliarde Euro ausgestatteten Entwicklungsinvestitionsfonds. Knappe BMZ-Mittel, die für die ärmsten Menschen bestimmt sein sollten, gehen also an Unternehmen. Mit dem Europäischen Investitionsplan (EIP)

soll durch den Einsatz von 3,35 Milliarden Euro EU-Entwicklungsgeldern bis zum Jahr 2020 gar 44 Milliarden Euro durch zusätzliches privates Kapital mobilisiert werden.

Armutszeugnis für das BMZ

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) führte zwei Untersuchungen durch. Im Jahr 2017 ging es um die Umsetzung, Wirkungen und Nachhaltigkeit des Kooperationsprogramms mit der Privatwirtschaft develoPPP (im Zeitraum 2009 bis 2015) und im Jahr 2018 um die Frage, inwiefern die Kooperation mit der Privatwirtschaft im Agrarsektor (seit 2006) geeignet ist, entwicklungspolitische Ziele zu erreichen.

Die ernüchternde Bilanz stellt ein Armutszeugnis für das BMZ dar. Es bliebe unklar, worin die komparativen Vorteile der Privatwirtschaft liegen, die rechtfertigten, dass diese in die Entwicklungszusammenarbeit einbezogen würden. Ihre Beiträge und ihr Mehrwert würden „nicht ausreichend konkret beschrieben“. Es gebe „keine Strategie zur Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft im Agrarsektor“. ¹ Auf Programmebene lägen kaum Monitoring-Daten oder Evaluierungen vor, die den Beitrag der Privatwirtschaft zum Erreichen entwicklungspolitischer Ziele dokumentierten.

Was über fast alle Programme hinweg auffiele sei der fehlende Bezug auf das Menschenrechts-Konzept und den Leitfaden als handlungsleitende Dokumente. Es gebe kein einheitliches Verständnis von BMZ, GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und KfW, wie eine angemessene Prüfung von menschenrechtlichen Aspekten aussehen solle. Eine systematische Überprüfung von menschenrechtlichen Aspekten sei weder in den Prüfprozessen vor

Projektbeginn noch im Monitoring-system während der Projektdurchführung angelegt. Der als zentrales Dokument genannte Referenzrahmen für Entwicklungspartnerschaften im Agrar- und Ernährungssektor sei aus menschenrechtlicher Sicht „nicht ausreichend“. Mit Hinweis auf eine Untersuchung aus dem Jahr 2016 bekräftigt das DEval, dass Ansätze zur Förderung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten nicht geeignet sind, zur Förderung der in extremer Armut lebenden Bevölkerungsschichten beizutragen. Negative Auswirkungen bei den Zielgruppen könnten bei develoPPP nicht ausgeschlossen werden.

Unternehmensinteressen bestimmend, Partnerinteressen nachgeordnet

Aus der Unternehmensbefragung zu develoPPP geht hervor, dass die Erschließung neuer bzw. der Ausbau bestehender Absatzmärkte das häufigste Unternehmensziel ist. Von Unternehmen und WirtschaftsvertreterInnen wird das Programm überwiegend als Außenwirtschaftsförderung wahrgenommen. Projekthinhalte, Projektstandorte und Zielgruppen würden wesentlich von den Interessen der Unternehmen bestimmt, Mitbestimmungsmöglichkeiten durch VertreterInnen oder Institutionen des Partnerlandes seien nachgeordnet. Unternehmensrelevante Zielgruppen (KonsumentInnen, ProduzentInnen) gehörten zumeist nicht zu den armen Bevölkerungsteilen. Zudem sind bei Entwicklungspartnerschaften im Rahmen von develoPPP erhebliche Mitnahmeeffekte zu verzeichnen. Bei fünf von zwölf Fallstudien (42 Prozent) hätte es die Projekte auch ohne staatliche Förderung gegeben. Hier findet also eine erhebliche Verschwendung von Steuergeldern statt.

Die geringe Ausrichtung des Programms auf Bedürfnisse marginalisierter entwicklungspolitischer

Zielgruppen in den Partnerländern sowie die fehlende Berücksichtigung zentraler Forderungen internationaler Vereinbarungen wie der Pariser Erklärung zur Partnereinbindung sei zudem bislang nicht ausreichend begründet. Es könne vor dem Hintergrund nicht davon ausgegangen werden, dass develoPPP-Projekte per se zu inklusivem Wirtschaftswachstum in den Partnerländern beitragen und armutsmindernde Effekte entfalten könnten.

Gravierende Mängel festgestellt – was nun?

Entwicklungsminister Gerd Müller setzt wie kein Minister zuvor auf die Kooperation mit der Privatwirtschaft. Die DEval-Untersuchung bestätigt an vielen Punkten die zivilgesellschaftliche Kritik an PPPs, die in den Grundzügen genauso auf das verstärkt zur Anwendung kommende „Hebeln“ (Blending) von Unternehmensinvestitionen mit Hilfe von Entwicklungsgeldern zutrifft. Die Bilanz in puncto Menschenrechte ist niederschmetternd. Die simple Logik, dass

Unternehmensinvestitionen per se die Armut mindern, wurde als unhaltbar entlarvt. Ein Blick auf die Stellungnahmen des BMZs machen deutlich, dass die Untersuchungen des DEval und die langjährige Kritik der Zivilgesellschaft nicht ernst genommen werden.

Auf die Empfehlung des DEval nach einem handlungsleitenden Grundsatzpapier und einer Konkretisierung des entwicklungspolitischen Beitrags der Privatwirtschaft beim Monitoring ging das BMZ nicht ein. Einzig in puncto develoPPP hat das BMZ angekündigt, neue Leitlinien zu erarbeiten, ohne Taten folgen zu lassen.

Das BMZ ignoriert die DEval-Empfehlung, die Prüfung und das Monitoring menschenrechtlicher Risiken in Projekten, in denen mit der Privatwirtschaft im Agrarsektor kooperiert wird, zu stärken und besser zu kontrollieren. Das Menschenrechtskonzept des BMZs und der Leitfaden haben keine praktische Relevanz in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein unhaltbarer Zustand!

Der vom BMZ vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten in globalen Wertschöpfungsketten“ zeigt, dass Minister Müller Menschenrechte ein Anliegen sind. Bei den eigenen Entwicklungsprojekten und in puncto Politikkohärenz muss er dies allerdings erst noch unter Beweis stellen. Den menschenrechtlichen Beschwerdemechanismus für Zielgruppen in den Projektländern, den Minister Müller im Gesetzesentwurf vorsieht, sollte er auch im BMZ selbst einführen.

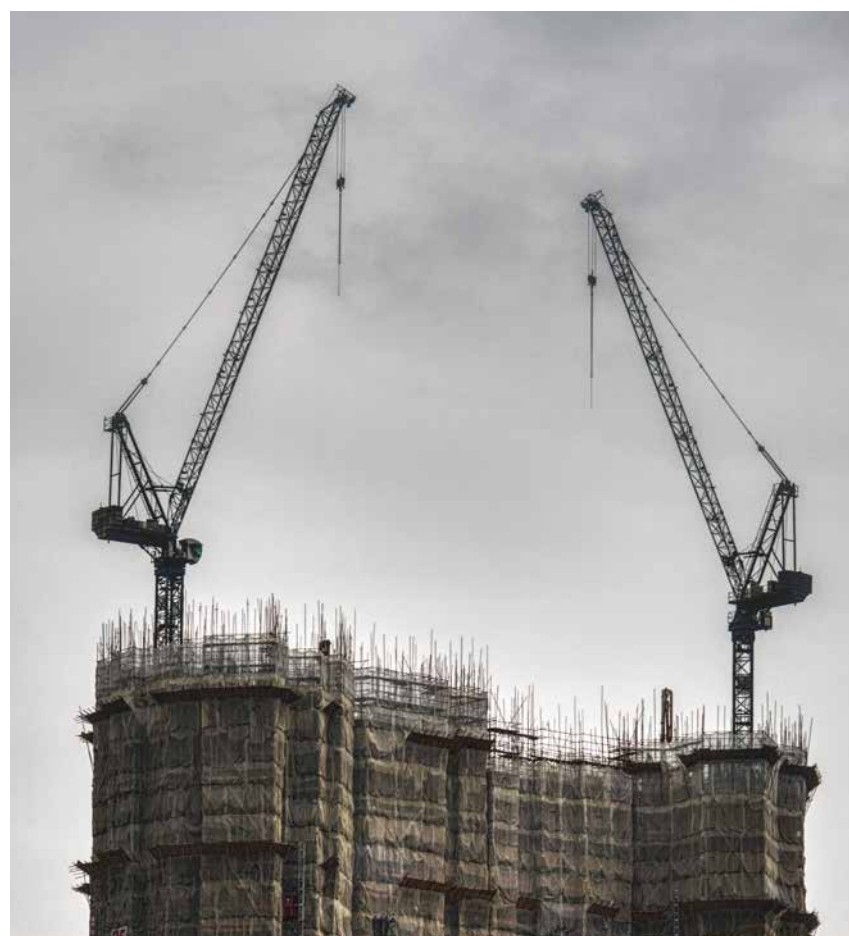
Positiv ist, dass das BMZ anerkennt, dass in Armut lebende Menschen, wie z. B. ressourcenarme Kleinbäuerinnen und -bauern auf marginalen Standorten mit marktorientierten Ansätzen nur begrenzt direkt erreicht werden. Problematisch ist hingegen, dass das BMZ all jenen, die hungern, nur komplementäre Ansätze im Bereich Ernährungssicherung oder soziale Sicherungssysteme, aber keine strukturellen Instrumente zur Einkommensverbesserung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. Das BMZ kann somit seinen Anspruch, auch bei dieser Bevölkerungsgruppe die Armut zu mindern, nicht einhalten. Sie verharrt in der Armutsfalle und ist nach wie vor dem (Risiko von) Hunger ausgesetzt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen in der Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger sowie bei der Erfüllung des SDG 1 immer noch weit auseinander. Einzig das jüngste Engagement des BMZs und der Beschluss des Bundestages in puncto Agrarökologie stellen einen Hoffnungsschimmer dar.



Marita Wiggerthale

Die Autorin ist Referentin für Welternährung und globale Agrarfragen bei Oxfam Deutschland.

1 https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/DEval_ZmWA%20Evaluierungsbericht_web_final1.pdf.



© Thomas Kinto

Leave no one behind? Staatliche Entwicklungsgelder für die Armutsbekämpfung fließen zunehmend in die Wirtschaftsförderung.



KEIN HUNGER BIS 2030

Längst eine Illusion?

Immer mehr Menschen hungern. Besonders für ohnehin schon arme ErzeugerInnen von Lebensmitteln im Globalen Süden wird es immer problematischer, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Regierungen in Nord und Süd setzen unter dem Deckmantel der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) jedoch weiter auf die Zusammenarbeit mit der Agrarindustrie und folgen deren Verheißungen, die Welt durch weitere einseitige Produktionssteigerungen von Monokulturen zu ernähren. Dabei braucht es einen echten Paradigmenwechsel – und vor allem endlich Geld für die Alternativen.

DIE FORDERUNGEN nach einer Agrarwende mehren sich auch international. Die Vereinten Nationen (UN) veröffentlichten jüngst dramatische Zahlen zur Situation von Mensch und Natur. Der weltweite Biodiversitätsreport IPBES legte offen, wie sehr die Zerstörung unseres Ökosystems die Erreichung von SDG 2 behindert. Der neue Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) zeigt, wie zunehmende Landnutzung für Futtermittelanbau die Treibhausgasemissionen ansteigen lässt. Steigende Temperaturen und vermehrte Wetterextreme stellen die Nahrungsmittelproduktion vor große Herausforderungen. Geht die Entwicklung so weiter, wird in vielen Dürreregionen im südlichen Afrika der Maisanbau in 20 Jahren nicht mehr möglich sein. Die Zahlen sprechen für sich: Die Erreichung von SDG 2 – kein Hunger bis 2030 – scheint in unerreichbarer Ferne, wenn sich das weltweite Agrar- und Ernährungssystem nicht grundlegend verändert.

Wachstum allein ist keine Lösung

Mehr als 820 Millionen Menschen hungern laut UN-Welternährungsorganisation (FAO). Besonders alarmierend: Zum dritten Mal in Folge hungern mehr Menschen als im Jahr zuvor. Damit sind die Werte auf dem Niveau von vor zehn Jahren angelangt. Am dramatischsten ist die Situation im Afrika südlich der Sahara, wo jeder Fünfte hungert. Ein Viertel der Menschen weltweit ist regelmäßig gezwungen, Mahlzeiten auszulassen.¹ Dass etwa 8 Prozent davon in Europa und Nordamerika leben, zeigt, dass Hunger nicht nur den Globalen Süden betrifft. Die FAO nennt wachsende soziale Ungleichheit mittlerweile als eine der Hauptursachen und erkennt zunehmend an,

dass „Wirtschaftswachstum alleine zu keiner Transformation des Ernährungssystems führen wird“. Doch leider ist dieser Erkenntnisgewinn nicht auf politischen Entscheidungsebenen angelangt. Das belegen fehlgesteuerte Geberstrategien und Agrarpolitiken im Globalen Süden genauso wie die deutsche Position bei der Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik.

Das industrielle Agrarmodell ist gescheitert

Noch nie wurde weltweit pro Kopf gerechnet so viel Nahrung produziert wie heute. Dennoch ist die internationale Staatengemeinschaft bei allen Unterzielen von SDG 2 nicht auf dem richtigen Pfad.² Nur etwa 40 Prozent der Getreideernte landet tatsächlich auf dem Teller. Der Rest wird für die Herstellung von Tierfutter, Biosprit und Kunststoffe verwendet. Von den Produktionssteigerungen haben die Hungernden fast nichts, gleichzeitig leistet der Fokus auf Kalorien zu wenig für die steigende Zahl an Fehlernährten. Die mächtigen Agrar- und Ernährungskonzerne halten jedoch weiter daran fest. Ihr Geschäftsmodell ist schließlich der Verkauf von Kunstdünger, Saatgut, Pestiziden und verarbeiteten Lebensmitteln. Länder im Globalen Süden stellen für sie wachsende Absatzmärkte dar. Indem sie die Formulierungen der SDGs aufgreifen, können sie ihre Vermarktungsstrategien hinter dem Narrativ der Hungerbekämpfung verstecken.

SDGs: Absatzmärkte statt Hungerbekämpfung

Auf den ersten Blick wirkt der internationale Internetauftritt des weltweit größten Düngemittelherstellers Yara fast wie der einer Hilfsorganisation. Unter der Überschrift „Verantwort-

ungsvoll die Welt ernähren und die Erde schützen“ möchte Yara kulturelle, wirtschaftliche und umweltschädliche Hürden überwinden und eine Welt frei von Hunger schaffen. Was zunächst selbstlos klingt, dient jedoch den eigenen wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens. Mit seinem Programm „Farm to Market“ (Vom Hof auf dem Markt) will Yara gemeinsam mit Bayer, dem Pestizidhersteller Syngenta sowie Finanzdienstleistern Kleinbäuerinnen und -bauern in vier afrikanischen Ländern angeblich ein besseres Auskommen von der Landwirtschaft ermöglichen. Dafür stellen sie vergünstigte Betriebsmittel und Kredite bereit, bieten Beratungen an. Dabei sammeln sie Daten für weitere und passgenauere Inputs.³ Bäuerinnen und Bauern geraten somit in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Unternehmen.

Bislang gibt es keine Belege dafür, dass die von der Agrarindustrie versprochenen Produktions- und Einkommenssteigerungen wirklich zur Hungerbekämpfung führen. Dennoch setzen Regierungen in Nord und Süd auf solche freiwilligen Kooperationen. So arbeitet das deutsche Entwicklungsministeriums mit Bayer und der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung sowie mit der Allianz für eine grüne Revolution in Afrika (AGRA) zusammen. Diese lässt bisher messbare Erfolge vermissen. Seit AGRA vor 13 Jahren ins Leben gerufen wurde, hat sich die Armut vor allem auf dem Land kaum verbessert. Laut dem Welthungerindex ist die Ernährungssituation in 12 von 13 AGRA-Ländern weiterhin „ernst“ bis „alarmierend“.⁴ Die Bundesregierung sollte sich aus der Förderung solcher Initiativen zurückziehen.

Für direkte Marktzugänge kooperieren Agrarkonzerne zudem

mit afrikanischen Regierungen. Für Dünger, Pestizide und Hybridsaatgut, meistens für den Anbau einer einzelnen Pflanze wie Mais, werden über staatliche Subventions-Programme in Ländern wie Malawi, Sambia oder Mosambik bis zu 80 Prozent des landwirtschaftlichen Budgets aufgebraucht.⁵ Dringend benötigtes Geld für agrarökologische Forschung, landwirtschaftliche Ausbildung und bäuerliche Saatgutsysteme sind hingegen Fehlanzeige, eine nachhaltige Einkommenssicherung aus der Landwirtschaft wird so für die meisten Menschen nicht möglich. Sie hängen am Tropf der Subventionen sowie der Produkte der Agrarindustrie. Damit bieten Konzerne wie Yara oder Bayer genau das Geschäftsmodell an, das bereits Europas Landwirtschaft in eine ökologische und soziale Krise gestürzt hat.

Die EU-Agrarpolitik muss neu ausgerichtet werden

Die Auswirkungen einer verfehlten Landwirtschaftspolitik sind in Europa ebenfalls offensichtlich. Seit Jahrzehnten wird viel Geld für fragwürdige Wirkungen ausgegeben. Die Folgen sind Überproduktion von Lebensmitteln bei Niedrigpreispolitik für kleinbäuerliche Produkte. Die im SDG 2 geforderten Einkommenssteigerungen für Bäuerinnen und Bauern rücken in immer weitere Ferne. Die

Subventionszahlungen nach Fläche nutzen den großen Konzernen und lassen immer mehr kleinere Betriebe verschwinden. Ganz abgesehen von den Versäumnissen beim Umwelt- und Naturschutz. Agrar- und Handelsunternehmen profitieren enorm von der politischen Unterstützung, die den Absatz ihrer Produkte sowie den günstigen Ankauf von Agrarprodukten zur industriellen Weiterverarbeitung absichert.

Das Potenzial von Agrarökologie zur Erreichung der SDGs

Sowohl im Norden als auch Süden zeigt sich: Eine grundlegend veränderte Subventionspolitik ist notwendig. Von einer agrarökologischen Landwirtschaft profitieren ErzeugerInnen, KonsumentInnen und die Umwelt. Von Kooperationen mit der Privatwirtschaft profitieren bisher leider vor allem Konzerne. Die Bundesregierung sollte erste Weichen stellen und sich klar zur Agrarökologie bekennen.

Erste positive Signale gibt es in Deutschland. So fordern die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD in einem im Juni verabschiedeten Bundestagsantrag die Regierung auf, die „Nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen und das Potenzial von Agrarökologie anzuerkennen und zu unterstützen“ und nicht weiter einseitig auf mehr Produktion setzen. Ein

Signal, das hoffentlich in die nötigen politischen Veränderungen und finanzielle Förderung von Agrarökologie mündet – etwa indem das BMZ künftig einen erheblichen Anteil der 1,5 Milliarden Euro für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung entsprechend nutzt.



Lena Bassermann

Die Autorin ist Referentin für Welternährung und globale Landwirtschaft beim INKOTA-netzwerk.

- 1 <http://www.fao.org/3/ca5162en/ca5162en.pdf>.
- 2 <https://unstats.un.org/sdgs/report/2019/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2019.pdf>.
- 3 Yara International (<https://www.yara.com/>); Farm to Market Alliance (<https://ftma.org/>).
- 4 <https://foodtank.com/news/2019/07/opinion-agroecology-as-innovation/>.
- 5 <https://acbio.org.za/wp-content/uploads/2016/07/Input-Subsidies-Report-ACBio.pdf>.



© Kai Pilger

Hungerbekämpfung? Fehlanzeige. Hier wachsen Biosprit und Kunststoffe



GANZHEITLICHE ANSÄTZE FÜR VERBESSERTE GESUNDHEIT

Warum medizinische Fortschritte nicht ausreichen, um Krankheiten zu bekämpfen

Obwohl in einigen Feldern Verbesserungen erzielt wurden, ist die Gesundheitssituation für viele Menschen, vor allem für Menschen in Armut und Marginalisierte, weiterhin dramatisch. Um dies umzukehren, setzen

besonders philanthropische Stiftungen auf rein medizinische Maßnahmen und prägen damit das Entwicklungsparadigma insgesamt. Dabei sind diese Ansätze kaum nachhaltig, denn sie verändern die Ursachen von Krankheiten nicht.

GESUNDHEIT GEHÖRT zu einem Leben in Würde, zugleich ist sie die Voraussetzung für menschliche und nachhaltige Entwicklung. Der diskriminierungsfreie Zugang zu Gesundheitsvorsorge und -versorgung ist im Menschenrecht auf Gesundheit festgeschrieben und auch ein Unterziel des Ziels für nachhaltige Entwicklung (SDG) 3. Nach wie vor klaffen jedoch zwischen Nord und Süd wie auch zwischen Arm und Reich die Voraussetzungen für ein gesundes Leben in erschreckendem Maße auseinander.

Politisches Handeln für bessere Gesundheit

Ob wir gesund sind und bleiben, ist abhängig von den Bedingungen, in denen wir geboren werden, aufwachsen, leben und arbeiten. Denn besonders von Armut geprägte Lebensbedingungen – wie mangelhafte Ernährung, ungesunde Wohnverhältnisse oder schlechte Arbeitsbedingungen – führen zu Krankheiten und einer niedrigeren Lebenserwartung.

Medizinischer Fortschritt spielt bei der Verbesserung von Gesundheit lediglich eine nachrangige Rolle. Er kann zwar die Symptome von Krankheit bekämpfen, wird aber nie die ungerechten Startchancen verändern. Sinnvoll ist es deshalb, mindestens in gleichem Maße wie einzelne Krankheiten die Armut zu bekämpfen. Dafür ist politisches Handeln über den Gesundheitsbereich hinaus gefragt.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) bieten eine Richtschnur für solch strukturelle Veränderungen, vereinen sie doch die ökologische, soziale

und wirtschaftliche Dimension von Entwicklung. SDG 3 sieht vor, „ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters [zu] gewährleisten und ihr Wohlergehen [zu] fördern“. Dass Gesundheit nicht nur vom Gesundheitssektor abhängt, spiegelt sich auch in den SDGs wieder. Fast alle der übrigen Ziele sind direkt oder indirekt mit Gesundheit verbunden: um SDG 3 zu erreichen, ist ein Wirken innerhalb der drei Dimensionen von Entwicklung (ökologisch, ökonomisch, sozial) notwendig.

Philanthropische Stiftungen in der globalen Gesundheit

Ansätze der globalen Gesundheit zielen bisher vorrangig auf eindimensionale, rein medizinisch-technische Lösungen. Solche werden besonders durch die großen Geldgeber propagiert. Dies sind unter anderem private, philanthropische Stiftungen, die seit den frühen 2000ern eine bedeutende Rolle einnehmen und den Entwicklungsdiskurs mitprägen.

Allen voran die Bill- und Melinda Gates Stiftung, deren Fördervolumen das aller anderen Stiftungen um ein Vielfaches übertrifft. Direkt nach den USA ist die Gates Stiftung größter Geber im Gesundheitsbereich überhaupt. Sie finanziert insbesondere Aktivitäten anderer, wie Regierungen, UN Institutionen, Forschungseinrichtungen, NGOs oder auch im Bereich der Medien. Mittel gehen dabei stets gebunden an die Prioritäten der Stiftung an die Empfänger, welche zugleich ein weitreichendes Netzwerk für die Gates-Stiftung darstellen.

Das Handeln von Stiftungen wäre weniger problematisch, wenn es er-

gänzend zu umfassenderen Ansätzen von Regierungen oder Institutionen der Vereinten Nationen (UN) wäre. Dadurch, dass jedoch Finanzierungszusagen beispielsweise der Gates-Stiftung an Regierungen meist an die gleichzeitige Bereitstellung von öffentlichen Mitteln geknüpft sind (co-pleging), wird das staatliche Entwicklungsprogramm insgesamt in die Richtung der von Stiftungen favorisierten Ansätze verschoben.

Schnelle und gut messbare Ergebnisse im Sinne eines „effektiven Altruismus“

Geleitet wird das Handeln vieler philanthropischer Stiftungen nach eigenen Angaben durch die Idee eines „effektiven Altruismus“. Kurz gefasst bedeutet dies: Tue Gutes und das möglichst effizient. So wird anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse berechnet, welche Spende den größten Unterschied in kürzester Zeit macht. Investitionen in Gesundheit werden geradezu als Business Case betrachtet. Als ob das Recht auf ein gesundes Leben nicht ausreicht, wird als Begründungszusammenhang für eine Förderung der ökonomische Nutzen aufgeführt.

Um die Kosten-Nutzen-Analyse zu erfüllen, setzen „effektive AltruistInnen“ auf Maßnahmen, die kurzfristig umsetzbar und gut messbar sind, wie die Durchführung von Impfkampagnen oder das Erforschen von Präparaten für Infektionskrankheiten. Programme zu nachhaltiger Armutsbekämpfung oder dem umfassenden Aufbau von Gesundheitssystemen erfüllen diese Kriterien hingegen nicht, weshalb sie meist vernachlässigt werden.

Bevorzugt werden zudem unternehmens- und marktbasierte Instrumente für die Stiftungs-Aktivitäten, aber auch die der Mittelempfänger. Im Einklang damit macht die Gates-Stiftung meist die Einbeziehung von Wirtschaftsunternehmen zu einer Vorbedingung für Finanzierungszusagen. Begründet wird dies damit, dass diese besonders innovativ, pragmatisch und lösungsorientiert seien. KritikerInnen entgegnen, dass die eigene Nähe der Stiftungen zu Unternehmen – wie im Falle der Gates-Stiftung zu multinationalen Pharmaunternehmen, deren Anteile die Stiftung hält – ursächlich seien.

Dass dieses Pochen auf marktbasierte Lösungen nachhaltige Strategien verhindern kann, wird deutlich am vorherrschenden Medikamentensystem, dessen Bedingungen Stiftungen vielfach stützen. Die globale Medikamentenentwicklung wird bisher fast ausschließlich durch Angebot und Nachfrage gesteuert. Dadurch sind für Pharmaunternehmen kaum Anreize gegeben, Produkte für Krankheiten zu entwickeln, für die keine hohen Gewinne zu erwarten sind. Zugleich garantieren Patente hohe Medikamentenpreise für Pharmaunternehmen, verhindern gleichzeitig jedoch den Zugang zu diesen, denn sie machen sie unbezahlbar für ärmere Länder. Die Folge ist, dass jährlich Millionen von Menschen keine

lebenswichtige Therapie erhalten. Statt dieses marktbasierte System aufrechtzuerhalten und in dessen Rahmen punktuell zu wirken, wäre ein grundlegendes, politisches Umsteuern erforderlich.

Die Risiken der Rolle von Stiftungen in den Blick nehmen

Es wäre zu einfach, die Superreichen dieser Welt dafür verantwortlich zu machen, dass Gesundheitsansätze bisher zu kurz greifen, schließlich kann deren Handeln nur im Gesamtkontext betrachtet werden.

Besonders im politischen Raum in Deutschland aber auch international scheint derzeit ein geradezu unerschütterlicher Glaube an den positiven Beitrag philanthropischer Stiftungen vorzuherrschen, der ihnen diese weitreichende Wirkung erst ermöglicht. In Deutschland gibt es zwar vielfältige Kooperationen mit philanthropischen Stiftungen, jedoch keinen Handlungsrahmen, der Regeln, Standards oder auch rote Linien für die Zusammenarbeit mit diesen definiert. Auch Fragen zur Legitimation der Akteure und ihrer Rechenschaftspflicht werden kaum gestellt. So sind Stiftungen üblicherweise lediglich ihren StifterInnen und den eigenen Gremien gegenüber verpflichtet, nicht jedoch gegenüber ihren MittelempfängerInnen oder gar internationalen

Standards der Entwicklungszusammenarbeit.

Festzustellen ist auch, dass der derzeitige Aufschwung privater Stiftungen die Folge einer neoliberalen Wirtschafts- und Fiskalpolitik ist, die die Anhäufung privater Vermögen in diesem Maße erst ermöglicht hat. Auch dadurch wächst die Kluft zwischen Arm und Reich weiter und Ungerechtigkeit mit all ihren Symptomen verschärft sich. Die gleichen Symptome übrigens, die philanthropische Stiftungen bekämpfen möchten.

Für die staatliche Zusammenarbeit mit und das Agieren von philanthropischen Stiftungen müssen deshalb verbindliche Regulierungen gelten, die einen menschenrechtsbasierten Ansatz und den Fokus auf soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen. Der wachsende Einfluss von philanthropischen Stiftungen auf die globale Entwicklungsagenda insgesamt ist kritisch zu überwachen und ein öffentlicher Diskurs dazu ist dringend angeraten. Schließlich muss das Thema Gesundheit wieder politisiert werden, um seiner Komplexität gerecht zu werden, so dass die Erfüllung der SDGs vorankommt.



Mareike Haase

Die Autorin ist Referentin für Internationale Gesundheitspolitik bei Brot für die Welt.



© Brot für die Welt

Marktversagen im globalen Medikamentenmarkt verhindert die Erreichung von SDG 3.



BILDUNG UND SDG 4

Die Suche nach öffentlichen Mitteln

Etwa 12 Stunden lang gab es in dem Entwurf, welcher zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) werden sollte, eine Zielvorgabe für Bildungsfinanzierung. Sie wurde in der letzten Verhandlungsrunde vorgeschlagen, doch es dauerte nicht lange, bis sie wieder herausgenommen wurde. Die Mitgliedstaaten waren der Meinung, es sei nicht möglich, öffentliche Ausgaben für individuelle Ziele festzulegen. Das Versagen, die Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens und den Schutz der öffentlichen Dienste vor Privatisierung in der Agenda 2030 festzuschreiben, untergräbt das Ziel für nachhaltige Entwicklung Nummer 4.

OBWOHL DIE Finanzierungslücke seit Langem ein Hindernis für den Fortschritt im Bildungsbereich darstellt, wurde SDG 4 – welches man mit „mehr Bildung von besserer Qualität für alle“ zusammenfassen könnte – ohne jegliche Verpflichtung zur Finanzierung verabschiedet. Die Mitgliedstaaten ignorierten auch die Beweise, dass die öffentliche Bereitstellung und Regulierung von Bildung Schlüsselfaktoren für Gerechtigkeit und Qualität darstellen.

Während Finanzierungsschwierigkeiten also fortbestehen, hat sich die Lage in den letzten Jahren erheblich verändert. Einfach ausgedrückt: Kapital ist der neue Staat und Daten sind das neue Kapital. Viele AkteurInnen der Zivilgesellschaft sind inzwischen überzeugt, dass die aktuellen Finanzierungs Herausforderungen zu groß sind, um vom Staat allein gemeistert zu werden. So verstärkt sich die Ansicht, dass die Beteiligung des privaten Sektors notwendig ist. Diese Idee ist so weit verbreitet, dass es in der Diskussion nicht mehr darum geht, ob die Privatwirtschaft zur Bildung beitragen soll, sondern darum, wie ihre Beteiligung maximiert und entsprechende bewährte Vorgehensweisen identifiziert werden können.

Mit Bildung das große Geschäft machen

Auf der einen Seite stehen die Regierungen, die an Kostensenkungen interessiert sind. Diese Sparmaßnahmen sind weltweit zu beobachten: das Einfrieren der Gehälter von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Schließung öffentlicher Schulen, die Einführung von Bildungsgutscheinen oder die Privatisierung von Schulen und entsprechenden Dienst-

leistungen, wie zum Beispiel die Auslagerung der Verpflegungsdienste an private Unternehmen, die Schulkantinen und Personal durch riesige Mikrowellenherde und vorgefertigte Tiefkühlkost ersetzen.

Während dieses Auslagern kurzfristig wie ein finanziell kluger Schachzug erscheinen mag, untergräbt es die Gerechtigkeit und Qualität der Bildungssysteme. In Kenia sind sogenannte Low-fee-Privatschulen (Schulen mit niedrigen Schulgebühren), auch wenn sie nur ein geringes Schulgeld verlangen, gebührenpflichtig und gewinnorientiert. Die Entsendung von drei Kindern an eine vom Unternehmen Bridge International Academies betriebene Schule beträgt 44 bis 138 Prozent des Haushaltseinkommens einer armen Familie. Die Familien werden gezwungen, zu entscheiden, welches Kind zur Schule gehen darf. So werden Strukturen von Armut und Ungleichheit reproduziert.¹ Das Geschäftsmodell dieser Schulen basiert auf dem Einsatz unqualifizierter LehrerInnen, die sich strikt an minutiös aufbereitete, standardisierte Unterrichtspläne halten, welche ihnen auf einem Tablett zur Verfügung gestellt werden. Solche Kosteneinsparungen sind keine Seltenheit; was jedoch schockierend ist, sind die Investitionen und die Unterstützung der Weltbank, des britischen Entwicklungsministeriums DFID, der Mediengruppe Pearson, der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und von Mark Zuckerberg.

Auf der anderen Seite sehen wir einen sich entwickelnden globalen Bildungsmarkt, der derzeit auf 4,3 Billionen US-Dollar geschätzt wird und welcher in den kommenden Jahren noch deutlich wachsen dürfte.² Dies wird zum Teil von Risikokapital- und

privaten Investmentfirmen getragen, aber es gibt auch lokale AkteurInnen, die einen lukrativen Markt für sich entdeckt haben.

Reduzierung auf Testergebnisse

Die Entwicklung des Bildungsmarktes wird durch den Aufstieg datenbasierter, leistungsorientierter Systeme begünstigt, bei denen verschiedene Schulen im Wettlauf um eng konzipierte Spitzenleistungen konkurrieren. Standardisierte Tests bilden die Grundlage für die Bewertung von Schulen und LehrerInnen und werden zunehmend sowohl für die Budgetvergabe als auch die Bezahlung der LehrerInnen herangezogen.

Daten gelten als der Schlüssel, um herauszufinden, wie man Geld verteilt, wo man Geld spart und wie man die besten Ergebnisse erzielt. Die Gestaltung von SDG 4 baut auf diesem Diskurs und seinen impliziten Annahmen auf: Das derzeitige Bildungssystem ist teuer und ineffizient; alle Prozesse des Lehrens und Lernens können standardisiert, gemessen und in Daten umgewandelt werden; Daten können die Anstrengungen von SchülerInnen, LehrerInnen und Systemen als Ganzes erfassen.

Indem sowohl LehrerInnen als auch SchülerInnen auf die Probe gestellt werden, haben LehrerInnen immer weniger berufliche Autonomie und Freiheit und werden unter Druck gesetzt, ihren Unterricht nach diesen Tests auszurichten. Ein dogmatischer Fokus auf spezifische Testverfahren verengt die Lehrpläne und lässt wenig Zeit – oder Geld – für Kunst, Kultur oder Sport.³ Das Paradoxe hieran ist, dass dadurch die dringend benötigte Bildung für nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit und Menschenrechte ins Abseits gerät.

Die Unzulänglichkeit derzeitiger Praktiken

Seit Jahrzehnten fordern BildungsvertreterInnen, dass 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bzw. 20 Prozent des Staatshaushalts für Bildung aufgewendet werden. Die Verabschiedung von SDG 4 macht die Forderung nach einer ausreichenden, berechenbaren sowie öffentlichen und staatlich regulierten Bildungsfinanzierung immer relevanter. Dies spiegelt sich auch im Aktionsrahmen Bildung 2030 wider.⁴ Paradoxe Weise lässt der Aufbau der Zielsetzungen keine Überprüfung solcher Entwicklungen zu. Regierungen können über Einschreibungszahlen und Lernergebnisse berichten, ohne die Anbieter oder die Kosten für die Haushalte offenzulegen. Das Streben nach ausreichender öffentlicher Finanzierung sollte uns nicht davon abhalten, eine differenziertere und dringend benötigte Analyse darüber anzustellen, wie Geld gesammelt und ausgegeben wird und welche Bedeutung die derzeitigen Praktiken für die Gerechtigkeit, Qualität und Teilhabe der Bildungssysteme haben. Ohne eine solche Analyse können wir SDG 4 nicht umsetzen. Es ist klarer denn je, dass die Frage der Bildungsfinanzierung nicht von der breiteren Diskussion über die Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die Regulierung des Engagements der Privatwirtschaft, die Steuergerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene und die Tragfähigkeit von Schulden getrennt werden kann.

Die Suche nach öffentlichen Mitteln muss von Bemühungen begleitet werden, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zu hinterfragen, die diese Entwicklungen ermöglicht haben. Radikale Ideen von einem Umdenken bei den öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und der Umverteilung wurden durch den pragmatischen Aufruf zur verstärkten Mobilisierung inländischer Ressourcen ersetzt. Dies trägt zu einer bequemen Verschiebung der Verantwortlichkeiten bei, wodurch (arme) Länder nun für ihren eigenen Fortschritt verantwortlich sind. Während öffentliche Güter natürlich aus nationalen Ressourcen finanziert werden sollten, vernachlässigt dieser Diskurs den systemischen Charakter, der diese Lösung für viele Länder zu einer Unmöglichkeit macht. Wenn die Staaten ihre Pflicht aufgeben, eine qualitativ hochwertige Bildung für alle zu gewährleisten, entsprechen die in den verschiedenen Gesellschaftsschichten angebotenen Bildungsoptionen tendenziell deren sozialem und wirtschaftlichem Status. Die Ungleichheit wird dadurch wirksam weiter gefestigt und reproduziert.⁵



Antonia Wulff

Die Autorin ist Koordinatorin bei Education International.

*Aus dem Englischen von
Lina Gerstmeyer.*

- 1 Education International/Kenya National Union of Teachers (2016): Bridge vs. Reality: A study on Bridge International Academies' for-profit schooling in Kenya. Nairobi.
https://download.ei-ie.org/Docs/WebDepot/Bridge%20vs%20Reality_GR%20Report.pdf.
- 2 Susan Robertson/Janja Komljenovic (2016): Unbundling the University and Making Higher Education Markets. In: Antoni Verger/Christopher Lubienski/Gita Steiner-Khamsi (Hg., 2016): World Yearbook of Education: The Global Education Industry. Routledge, New York/Abingdon, S. 211-227.
- 3 Joel Westheimer (2015): What Kind of Citizen? Educating our children for the common good. Teachers College Press, New York.
- 4 UNESCO (2015): Education 2030 Framework for Action for the implementation of Sustainable Development Goal 4. Paris.
<http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002456/245656E.pdf>.
- 5 Dieser Artikel basiert auf den zwei folgenden Artikeln: <https://www.2030spotlight.org/en/book/1165/chapter/4-cashing-sdg-4>; <https://www.2030spotlight.org/en/book/1730/chapter/sdg-4-quest-public-funding-education-and-sdg-4>.



© Masaaki Komori

Hinter verschlossenen Türen: Zugang zu Bildung erhält oft nur, wer es sich leisten kann.



CHEMISCHES UNGLEICHGEWICHT

Geschlechter(un)gerechtigkeit in der Welt der Chemie

Das Ziel für nachhaltige Entwicklung 5 (SDG 5) Geschlechtergerechtigkeit, ist eine Querschnittsaufgabe, ohne dessen Umsetzung das Erreichen aller 17 globalen Nachhaltigkeitsziele nicht möglich ist. Dies gilt auch für den nachhaltigen Umgang mit Chemikalien und das Ziel eines gesunden Planeten für alle. Dennoch besteht bei der Umsetzung von SDG 5 ein

starkes Ungleichgewicht: Teilhabe und Partizipation von Frauen werden gestärkt, inhaltliche Forderungen aus Geschlechterperspektive hingegen kaum beachtet. Der Artikel analysiert diesbezüglich die Welt der Chemie und erläutert, wie diese geschlechtergerecht gestaltet werden könnte.



GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IST zu allererst ein Menschenrecht und von grundlegender Bedeutung für anhaltenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Erfolg. Daher ist in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN) Geschlechtergerechtigkeit sowohl als eigenständiges Ziel in SDG 5 als auch in neun weiteren Zielen integriert. SDG 5 zielt darauf ab, Geschlechtergleichstellung zu erreichen und allen Frauen und Mädchen Selbstbestimmung zu ermöglichen. Neben Teilhabe und Chancengleichheit wird dabei unter anderem auch die Beendigung aller Formen der Diskriminierung, gleiche Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen und „eine solide Politik und durchsetzbare Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen auf allen Ebenen“¹ erzielt. Folglich spricht SDG 5 somit nicht nur von Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit als Ziel, sondern fordert auch, dass Gender in alle anderen Zielumsetzungen integriert wird. Das gilt also auch bei der Umsetzung eines umweltverträglichen Umgangs mit Chemikalien und der Verringerung nachteiliger Auswirkungen auf Menschen und Umwelt.

Gender und Chemikalien

Das Thema Gender ist für die Welt der Chemie auf mehreren Ebenen von Bedeutung: Zum einen sind Männer und Frauen aufgrund biologischer Differenzen ihres Körperbaus unterschiedlich stark von bestimmten Chemikalien betroffen. So speichern Frauen eher mehr Umweltschadstoffe

und sind in bestimmten Lebensphasen wie Schwangerschaft und Menopause besonders anfällig, Männer hingegen leiden vermutlich aufgrund hormonell wirkender Chemikalien zunehmend unter einer beeinträchtigten Fruchtbarkeit. Zum anderen beeinflusst das Geschlecht als soziale Kategorie mit geschlechtsspezifischen Verhaltensnormen und Rollen in der Gesellschaft sowie der Entwicklung von „weiblichen“ und „männlichen“ Identitäten das Verhalten im Umgang mit Chemikalien. So sind Männer und Frauen aufgrund der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern von unterschiedlichen Chemikalien häufiger betroffen. Männer arbeiten zum Beispiel vermehrt im Bauwesen und kommen so mit Chemikalien von Baustoffen in Kontakt, Frauen hingegen in Pflegeberufen mit Reinigungsmitteln, Kosmetik- oder pharmazeutischen Produkten.²

Das Potenzial von Gender ...

Gender als Analysekategorie bietet die Möglichkeit, Ursachen für nicht nachhaltige Verhaltensweisen und Gesellschaften zu verstehen und innovative Lösungsansätze für eine nachhaltige Chemikalienpolitik zu finden. Mit der Gender-Analyse lässt sich beispielsweise herausfinden, warum Schutzmaßnahmen beim Umgang mit giftigen Chemikalien immer wieder außer Acht gelassen werden: So halten sich manche Arbeiter aufgrund ihres „männlichen“ (risikofreudigeren) Verhaltens weniger an Schutzmaßnahmen und tragen seltener Schutzkleidung als ihre Kolleginnen. Frauen können sich hingegen insbesondere in Ländern des Globalen Südens passge-

naue Schutzkleidung weniger leisten als ihre männlichen Kollegen, und sie können aufgrund von höheren Analphabetismus-Raten Sicherheitshinweise weniger gut verstehen und umsetzen.³ Aufgrund dieser Erkenntnisse können effektivere Maßnahmen entwickelt werden, zum Beispiel das Beibehalten von Sicherheitshinweisen, die finanzielle Förderung von Frauen beim Erwerb von Schutzkleidung und Sicherheitstrainings, in denen Geschlechterrollen thematisiert werden.

... und dessen Missachtung

Die Integration von Genderaspekten hilft, Problemursachen aufzudecken, effektive Lösungen zu finden und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken. Es ist ein Potenzial, das eigentlich von Politik und Wirtschaft genutzt werden müsste und zudem vorgegeben ist. Dennoch beschränkt sich die Umsetzung von SDG 5 zum größten Teil auf Maßnahmen zur Partizipation von Frauen und ihre berufliche Chancengleichheit – auch in der Chemie: So wird beispielsweise in den Vereinbarungen des Strategischen Ansatzes zum Internationalen Chemikalienmanagement (SAICM) der Begriff „Frauen“ ausschließlich im Hinblick auf deren Teilhabe am politischen Prozess erwähnt und hinter der „Gender-Balance“-Strategie des Chemieunternehmens Bayer stecken ausschließlich (gesetzlich vorgegebene) Ziele des Frauenanteils in Führungspositionen. Warum aber wird die volle Integration von Genderaspekten missachtet? Umfassende Gender-Analysen und Gender Mainstreaming-Maßnahmen sind langwierig, kosten Geld und stellen Macht-

verhältnisse in Frage. Die Erhöhung von Teilhabe und Chancengleichheit hingegen ist einfacher umsetzbar und lässt sich gut kommunizieren. Diese Praxis des „Nur die Köpfe zählen“ ist ein Aspekt des „Genderwashing“⁴, welches (in Anlehnung an Greenwashing) die Strategie beschreibt, sich auf der Ebene der Geschlechtergerechtigkeit als fortschrittlich darzustellen, ohne es wirklich zu sein. Das Problem dabei: Natürlich sind Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen wichtig. Die Wirkungen dieser Zielsetzungen betreffen aber nur einen minimalen Anteil aller Frauen, und gesundheitliche Risiken durch biologische Differenzen und die Lebenswirklichkeiten von Frauen, beispielsweise afrikanischer Bäuerinnen, werden komplett ausgeblendet.

Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Bis 2030, so wird angenommen, wird sich das Volumen der Chemikalienindustrie verdoppeln, und besonders chemikalienintensive Sektoren werden weiterhin stark wachsen.⁵ Wenn der Sektor nicht nachhaltig transformiert wird, steht dies der Umsetzung der SDGs im Weg und wird insbesondere für Frauen stärkere negative Konsequenzen mit sich bringen.

Daher ist es jetzt von zentraler Bedeutung, Genderaspekte umfassend in den Blick zu nehmen und in Maßnahmen zu berücksichtigen.

Dank engagierter Frauengruppen und GenderexpertInnen findet Gender in Umwelt- und Nachhaltigkeitsdebatten immer mehr Beachtung. Hierbei wurden Konzepte wie das Vorsorgende Wirtschaften, Politikinstrumente wie Gender-Aktionspläne und Werkzeuge wie das umweltspezifische Gender Impact Assessment entwickelt, welche nun auch in der Chemie angewendet werden müssen. Dazu müssen nicht nur Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen sichergestellt werden, sondern ihre Perspektiven und ihre Forderungen müssen endlich Gehör finden. Nur so kann durch SDG 5 ein „chemisches Gleichgewicht“ entstehen und die notwendige Transformation erreicht werden.



Anna Holthaus und
Dr. Minu Hemmati

Die Autorinnen vom MSP Institute e. V. setzen sich innerhalb des Projektes Gender & Chemicals für die Integration von Genderaspekten im SAICM Beyond 2020-Prozess ein.

- 1 <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>.
- 2 <https://www.undp.org/content/dam/aplaws/publication/en/publications/environment-energy/www-ee-library/chemicals-management/chemicals-and-gender/2011%20Chemical&Gender.pdf>.
- 3 https://www.researchgate.net/publication/278672388_Chemical_exposure_reductionFactors_impacting_on_South_African_herbicide_sprayers_personal_protective_equipment_compliance_and_high_risk_work_practices.
- 4 Neben Genderwashing gibt es auch den Begriff ‚Pinkwashing‘, der dessen Bedeutung ähnelt. Er entstand, als US-amerikanische Kosmetik- und Pharmafirmen auf ihren Produkten mit rosa Schleifen warben, dem Symbol für das Engagement gegen Brustkrebs, obwohl ihre Produkte im Verdacht standen, Krebs auszulösen.
- 5 https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/27651/GCOII_synth.pdf?sequence=1&isAllowed=y.





RECHT AUF WASSER DURCH UNTERNEHMENS-PARTNERSCHAFTEN?

Die Vereinten Nationen sind auf dem falschen Weg

Das Ziel 6 der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen (SDG 6) ist vermehrt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Durch die Klimakrise sind immer

mehr Regionen und Staaten von Wasserknappheit bedroht, die von diesem Problem zuvor nicht betroffen waren. Das lebensnotwendige Wasser wird zu einem knappen Gut, das uns zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung und fairen Verteilung verpflichtet. Daher war es längst überfällig, dass die Vereinten Nationen (UN) 2010 den Zugang zu Wasser und Sanitäranlagen zum Menschenrecht erklärt haben. Die SDGs drohen dieses Ziel jedoch zu unterlaufen, wenn sie zu seiner Durchsetzung globale Partnerschaften mit Wasserkonzernen fördern.



NACHHALTIGKEIT ERFORDERT dauerhafte öffentliche Infrastrukturinvestitionen im Wasser- und Abwasserbereich. Die Angewiesenheit aller Menschen auf das lebensnotwendige Gut Wasser und die Monopolstruktur der Wasserversorgung verlangen eine Bewirtschaftung und Preisgestaltung, die nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten. Unternehmen dagegen müssen die Renditeerwartungen des Kapitalmarkts befriedigen. In Prospekten der Deutschen Bank¹ und anderen Finanzanbietern wird Wasser als lohnende Anlage gehandelt. „ExpertInnen“ rechnen mit steigenden Renditen bis zum Jahr 2030.² Aufgrund der unterschiedlichen Erwartungshaltungen können Konzerne niemals „Partner“ der öffentlichen Hand, sondern lediglich Auftragnehmer sein.

Wo diese Grundregel missachtet wird, hat dies oftmals fatale Folgen. In Berlin beispielsweise ließ eine geheime Gewinngarantie für die Konzerne RWE und Veolia die Wasser- und Abwasserkosten dramatisch steigen (das Oberlandesgericht Düsseldorf stellte letztendlich „missbräuchlich überhöhte“ Trinkwasserpreise fest). Gleichzeitig wurden Arbeitsplätze gestrichen, die Infrastruktur wurde vernachlässigt, weil die notwendigen Investitionsmittel in die vertraglich garantierte Rendite abflossen, usw. Nachhaltig war hier gar nichts. Berlin war kein Einzelfall. Im portugiesischen Pacos de Ferreira stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung um 400 Prozent.³ In Paris und vielen anderen Städten wurden die Privaten nach schlechten Erfahrungen wieder

vor die Tür gesetzt. Doch ist es mit diesem Schritt nicht getan. Bisher hat sich nach einer Rekommunalisierung stets gezeigt, dass infolge der vorherigen Privatisierung versäumte Nachhaltigkeitsinvestitionen von staatlicher Seite nachgeholt werden müssen.

Wer kontrolliert die privatisierte Wasserversorgung?

Diese dramatischen Zustände konnten nur entstehen, weil die Kontrolle der privatisierten Wasserversorger ausgesprochen schwierig ist. Bei einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) steht nicht die für eine demokratische Kontrolle notwendige Transparenz im Vordergrund. Die Privatisierungsverträge werden in der Regel geheim gehalten, wichtige Wasser- und Abwasserdaten sowie interne Kalkulationsregeln werden als „Betriebsgeheimnis“ eingestuft – und das, obgleich die Wasserbetriebe als Monopole keine Konkurrenz zu fürchten brauchen. Öffentlichkeit ist lediglich in eingeschränktem Maße und nachträglich im Bereich der geltenden gesetzlichen Berichtspflichten in der Geschäftsberichterstattung gegeben. Von den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der Bevölkerung kann unter diesen Umständen eine Kontrolle der Umsetzung des wasserwirtschaftlichen Vorsorgeprinzips sowie der wasser- und abwasserwirtschaftlichen Planung kaum geleistet werden.

Indessen ist die Unabhängigkeit der staatlichen Kontrollbehörden gegenüber den Wasserkonzernen oft nicht gegeben. Einerseits haben die Privaten die Daten – der Staat muss

sie ebenfalls erst einfordern, um seine Kontrolle ausüben zu können. Andererseits sind private und staatliche Stellen oft so eng miteinander verflochten, dass keine wirksame Aufsicht mehr stattfindet. Bezeichnenderweise wurden viele Rekommunalisierungen nur aufgrund von Bürgerprotesten eingeleitet. In Berlin wurden die Wasserbetriebe erst rekommunalisiert, nachdem ein Volksentscheid die überwältigende Ablehnung der Wasserprivatisierung offenbart hatte. Die staatliche Kontrolle wird zudem dadurch beeinträchtigt, dass an der Schnittstelle zwischen Staat und Privat das Korruptionsrisiko hoch ist. Dies gilt insbesondere für Diktaturen und Oligarchien, aber auch für Demokratien.

SDG 17 – ein Pakt mit dem Privatisierungsteufel?

Angesichts der Erfahrungen mit Privatisierungen kritisch zu bewerten ist, dass sich selbst die UN mittlerweile einer neoliberalen Agenda verschrieben hat. So werden in SDG 17 im Namen einer wolkigen „Globalen Partnerschaft“ die Türen für private Konzerne und die Gewinninteressen ihrer Anteilseigner weit geöffnet. Die Fortschreibung der Ziele entspricht dieser Tendenz. 2018 wurde auf dem Hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung, dem jährlich stattfindenden achttägigen Monitoring-Forum in New York zur Kontrolle der SDGs, eine Ministererklärung angenommen. Zur Finanzierungsfrage der Programme wurde beschlossen, dass die „Finanzierung für nachhaltige Entwicklung durch

die Erhöhung von Eigeneinnahmen und durch die Mobilisierung privater Mittel⁴ erfolgen solle, und das nicht nur für Wasser, sondern allgemein. Mit dem Aufruf zur „Erhöhung der Eigeneinnahmen“ und der Forderung nach der „Mobilisierung privater Mittel“ wird die Kommerzialisierung der Wasserversorgung mit den oben beschriebenen Folgen geradezu legitimiert.

Freihandels- und Investitionsschutzverträge konterkarieren SDG 6

Derzeit werden zahlreiche internationale Handelsverträge zwischen der Europäischen Union und verschiedenen Industrie-, aber auch Schwellenländern abgeschlossen, die ein Klagerecht von Konzernen vor Internationalen Schiedsgerichtshöfen wegen Handels- und Investitionshemmnissen vorsehen. Diese Freihandels- und Investitionsschutzverträge sind grundsätzlich so ausgelegt, dass sie Privatisierungen forcieren und die von den BürgerInnen mühselig erstrittene öffentliche Daseinsversorgung als Handelshemmnis ansehen. Auch die Wasserversorgung bleibt hiervon nicht unberührt. So können Mechanismen in den Verträgen die Rekommunalisierung der Wasserversorgung verhindern. Es gibt bereits einige Fälle, in denen Staaten erfolgreich von Konzernen auf Schadenersatz verklagt wurden, weil sie aus der

Privatisierung des Wassers ausgestiegen sind. So hat z. B. Argentinien drei Gerichtsverfahren gegen internationale Investoren verloren, als das Land Wasserprivatisierungen rückgängig machen wollte. Es war gezwungen, 105 Millionen US Dollar an Vivendi (heute Veolia) zu zahlen, nachdem die Behörden Vivendis Vertrag, die Provinz Tucumán mit Wasser zu versorgen, gekündigt hatte. Vivendi hatte zuvor die Wassertarife um 104 Prozent erhöht, ohne ausreichende Anlageinvestitionen vorzunehmen, was zu schlechter Wasserqualität führte.⁵

Nachhaltige Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand

Das knappe und wertvolle Gut Wasser verpflichtet zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung und fairen Verteilung. Wenn Regierungen im Schulterchluss mit Privaten dieser Verantwortung nicht mehr gerecht werden, ist es an uns NGOs und BürgerInnen, ihnen ihre Verpflichtungen ins Gedächtnis zu rufen und unser Recht auf Wasser zu erkämpfen.

Werden die NGOs zu Kooperationspartnerinnen der internationalen Wasserkonzerne, dann besteht die Gefahr, dass ihnen die notwendige Distanz und Motivation fehlt, um eine eigenständige, kritische Position zu entwickeln. Die zunehmenden Aktivitäten der Konzerne im Wasser- und Abwassersektor verlangen eine Gegenagenda, die nur durch Druck von

unten, d. h. von den Betroffenen selbst entwickelt werden kann und nicht das Einverständnis der Gegenseite sucht.



Rainer Heinrich

Der Autor ist Sprecher des Berliner Wassertischs und war Vertrauensperson des Berliner Volksbegehrens Rettet unser Wasser.

- 1 https://www.deutsche-bank.de/pfb/content/markt-und-meinung_investmentthema-wasser.html.
- 2 <https://dasinvestment.com/scope-analyse-ranking-das-sind-die-besten-wasserfonds/>.
- 3 Nikolaus Steiner (27.06.2013): Portugiesen protestieren gegen Wasserprivatisierung. In: Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunkkultur.de/portugiesen-protestieren-gegen-wasserprivatisierung.947.de.html?dram:article_id=251064.
- 4 https://www.mz.de/ministerium/ziele/2030_agenda/monitoring/index.html.
- 5 Food&Water Watch (2007): World Bank Court Undermines Argentina's Citizens. In: European Water Movement, Food&Water europe, CETA und Wasser. Ein Leitfaden für Aktivistinnen. Oktober 2016, S. 5. http://www.wasser-in-buergerhand.de/aktionen/TTIP/Ceta_Wasser_Leitfaden.pdf.



© Mika Baumeister

Private Wasserversorger agieren außerhalb der öffentlichen Kontrolle auf Kosten der Nachhaltigkeit.



UNZUREICHENDE EU-KLIMAZIELE DURCH BIOENERGIEPOLITIK ZUSÄTZLICH GEFÄHRDET

Wird die neue EU-Führung erneut eine führende Rolle beim Klimaschutz einnehmen?

Internationale Organisationen werden aktuell mit Berichten über die Dringlichkeit der weltweiten Klima- und Biodiversitätskrisen überhäuft. Dennoch sind die Bekenntnisse der Europäischen Union (EU) im Kampf gegen die Probleme, die das Leben auf der Erde bedrohen, unzureichend – sowohl bei der Geschwindigkeit der Umstellung als auch der Art der erforderlichen Maßnahmen. Der Fokus auf den stärkeren Einsatz von Biomasse zur Energieerzeugung ist vielleicht die größte Schwachstelle in der EU-Politik für erneuerbare Energien. Wird die neue EU-Spitze einen Richtungswechsel bewirken?

UM DIE aktuelle Klimakrise zu bekämpfen, ist der Übergang zu einer sauberen Energieversorgung entscheidend. Dafür sind enorme Anstrengungen notwendig, wie die Minderung des Energiebedarfs, die Anpassung der Stromnetze und die Nutzung erneuerbarer Energien. Der kürzlich erschienene Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (UN) zum Fortschritt bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zeigt ganz deutlich: Es bedarf mehr Ehrgeiz und eines schnelleren Wandels um die Klimaziele zu erreichen. Dem Bericht zufolge ist der weltweite Gesamtverbrauch an erneuerbaren Energien zwischen 2010 und 2016 von 16,6 Prozent auf nur 17,5 Prozent gesunken.

Mangelnder Ehrgeiz der EU

Die Europäische Union (EU) nimmt keine führende Rolle bei der Entwicklung erneuerbarer Energien ein. 2017 betrug der Anteil erneuerbarer Energien am EU-weiten Energieverbrauch lediglich 17,52 Prozent¹. Angesichts des insgesamt gestiegenen Energieverbrauchs ließ die relative Nutzung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren sogar nach². Umso erfreulicher ist es, dass die EU sich nun ein Energieeffizienzziel für den Zeitraum von 2021 bis 2030 gesetzt hat. Trotzdem ist keines der Ziele des neuen Rahmens für die Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 ehrgeizig genug gesteckt, um den Verpflichtungen des Übereinkommens von Paris nachzukommen.

Die EU hat eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent beschlossen, doch zur Erreichung der Pariser Klimaziele wäre eine Reduktion um 65 Prozent erforderlich. Beim Verbrauch erneuerbarer Energien haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf ein Ziel von 32,5 Prozent geeinigt, obgleich KlimaschutzaktivistInnen einen Mindestanteil von 45 Prozent im Vergleich zu 1990 fordern³. Ausgehend von den ersten Entwürfen der Nationalen Energie- und Klimapläne (NECP), die die EU-Mitgliedstaaten unlängst vorgelegt haben, ist es daher besorgniserregend, dass bis 2030 nicht einmal das 32 Prozent Ziel erreicht werden kann.

Biomasse ist die größte Schwachstelle

Während die Diskussion über die wichtigsten Zielwerte anhält, wird eine entscheidende Herausforderung immer wieder übersehen: das Problem der Bioenergie. Derzeit macht Bioenergie ungefähr 65 Prozent des Energiemixes aus erneuerbaren Energiequellen aus. Die dafür verwendete Biomasse ist überwiegend Holz, das in Privathaushalten, Kraftwerken oder durch die Industrie verbrannt wird (rund 45 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs).

Die Nutzung von Holz als regenerative Energiequelle wird sehr kontrovers diskutiert, weil letztendlich ein Ausgangsmaterial der Kohle verfeuert wird und dabei sogar mehr CO₂ pro Energieeinheit freigesetzt wird als bei der Verbrennung von Kohle. Die Annahme, dass diese Emissionen zukünftig durch nachwachsende Wä-

lder kompensiert werden, wurde nun von WissenschaftlerInnen widerlegt: „Selbst, wenn die Wälder wieder nachwachsen, wird für die Verbrennung gefälltes Holz den Anteil von Kohlenstoffdioxid in der Atmosphäre weiter erhöhen und damit zu einer Erwärmung über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte führen.“⁴

Seit Einführung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie im Jahr 2009 wurde Holz als „regenerative Energiequelle“ gefördert. In den letzten zehn Jahren führte dies dazu, dass die Abholzungsrate in der EU gestiegen ist. Gleichzeitig schnellten die Importe von Holzpellets für die Energieerzeugung in die Höhe. Die Nutzung von Biomasse mag ein Ersatz für fossile Brennstoffe und die damit verbundenen Emissionen sein, doch sie trägt in zweierlei Hinsicht selbst zu den Emissionen bei: bei der Verbrennung der Biomasse und indem sie die Fähigkeit der Wälder mindert, als „CO₂-Senke“ das CO₂ aus der Atmosphäre zu binden. Die EU-Mitgliedstaaten rechnen damit, dass diese Fähigkeit der Wälder in den kommenden zehn Jahren drastisch abnehmen wird – zum Teil aufgrund der zunehmenden Abholzung für die Bioenergieerzeugung.

Immer mehr Kraftwerke verwenden Biomasse anstelle von Kohle. Damit tragen sie nicht nur zu steigenden Emissionen bei, sondern sie gefährden auch die Natur. Sowohl die Europäische Umweltagentur als auch unlängst der Weltbiodiversitätsrat IPBES haben darauf hingewiesen, dass Bioenergie eine Gefahr für die

biologische Vielfalt und die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme darstellt. Die Holzverfeuerung wirkt sich außerdem negativ auf die Luftqualität und die effiziente Nutzung knapper Ressourcen aus.

Eine vorläufige Zusammenfassung über den Bericht des Weltklimarates zur Landnutzung zeigt, dass der massive Einsatz von Nutzpflanzen und Baumpflanzungen zur Bioenergieerzeugung möglicherweise „irreversible Folgen für die Ernährungssicherheit und die Bodendegradation“ haben könnte⁵. Die an dem Bericht mitwirkenden WissenschaftlerInnen raten den Regierungen, die Nutzung von Bioenergie zu begrenzen.

Diese negativen Auswirkungen verdeutlichen, wie problematisch es ist, ein SDG isoliert und nicht im Gesamtkontext aller Ziele zu betrachten. Dennoch ist die großflächige Bioenergieerzeugung eindeutig nicht vereinbar mit vielen anderen SDGs, mit Ausnahme des Ziels für bezahlbare und saubere Energie. Es gibt klare Konflikte bei der Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung und Zielen im Bereich Ernährungssicherheit, Biodiversität, Klimaschutz, Ressourceneffizienz und sauberer Luft.

Da diese Konflikte aktuell noch nicht angemessen von der EU-Politik berücksichtigt werden und es dieser

an adäquaten Schutzmechanismen mangelt, ist die Verbrennung von Biomasse die größte Schwachstelle in der EU-Politik für erneuerbare Energien.

Bevorstehende Treffen erhöhen den Druck weiter ...

Die EU kann gleich mehrere Anlässe dafür nutzen, den mangelnden Ehrgeiz beim Klimaschutz wiedergutzumachen.

Zunächst könnte sich die EU im September beim UN-Klimagipfel zu weitreichenderen Verpflichtungen bekennen. In Anbetracht der sich verändernden Machtverhältnisse im Zuge der EU-Parlamentswahlen und der Ernennung einer neuen EU-Kommission später im Herbst ist es allerdings fraglich, was beim Gipfeltreffen im September bereits erreicht werden kann.

Gleichzeitig arbeitet Finnland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft (von Juli bis Dezember 2019) an einem paneuropäischen Abkommen für ein „Netto-Null-Ziel“ zur Klimaneutralität bis 2050 – ein Vorhaben, das noch im Juni von einigen wenigen Mitgliedstaaten erfolgreich blockiert wurde. Hoffentlich gelingt es Finnland mithilfe der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, ein Übereinkommen dazu bis zum nächsten Ratstreffen

im November zu verhandeln. Sollte dies glücken, dann wäre die EU für die nächste UN-Klimakonferenz in Chile im Dezember dieses Jahres gut aufgestellt.

... doch Biomasse bleibt weiterhin ein Problem

Allerdings werden diese Diskussionen wohl kaum das dringende Problem der Bioenergienutzung bewältigen, einem erschwerenden Faktor für hochrangige Klimagespräche über hochgesteckte Ziele. Unser Standpunkt ist wie folgt: Die EU wird mehr Ehrgeiz beim Klimaschutz, Emissionsminderung und erneuerbaren Energiequellen zeigen und dabei berücksichtigen müssen, dass ein Übergang zu wirklich sauberer Energie nur mit einem sehr begrenzten Anteil an Bioenergie möglich ist, der ausschließlich auf Abfällen und Rückständen basiert. Es liegt an der neuen Kommission, ihre Politik zu erneuerbaren Energien zu überarbeiten, die bisher die verstärkte Integration von Biomasse fördert, und neue Möglichkeiten zu suchen, um die Wälder und ihre Resilienz zu schützen und dabei auch ihre Bedeutung für den Klimaschutz und die Artenvielfalt einzubeziehen.



Linde Zuidema

Die Autorin ist Senior Policy Advisor bei Fern, einer Nichtregierungsorganisation, die sich mit der EU-Politik zum Schutz der Wälder und Menschen, die weltweit von den Wäldern abhängig sind, beschäftigt.

Aus dem Englischen von Anne Ursinus.



© László Maráz

Heftig umstritten: Die Nutzung von Holz als regenerative Energiequelle. Pro Energieeinheit wird mehr CO₂ freigesetzt als bei der Verbrennung von Kohle.

- 1 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019DC0225&qid=1559033163855&from=EN>.
- 2 <https://www.eea.europa.eu/highlights/eu-member-states-need-more>.
- 3 <http://www.caneurope.org/energy/climate-energy-targets>.
- 4 <https://www.euractiv.com/wp-content/uploads/sites/2/2018/01/Letter-of-Scientists-on-Use-of-Forest-Biomass-for-Bioenergy-January-12-2018.pdf>.
- 5 <https://www.climatechangenews.com/2019/07/17/leaked-un-science-report-warns-clash-bioenergy-food/>.



EWIGES WACHSTUM?

Der verhängnisvolle Fehler im Plan zur Bekämpfung der Armut und der Rettung unseres Planeten

Der bislang ehrgeizigste internationale Plan für eine bessere Welt sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Allerdings wagte es niemand, im Jahresbericht über die Umsetzung der Ziele zuzugeben, dass das SDG, das für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum steht, ein folgenschwerer Fehler ist und die Erreichung der anderen Ziele untergräbt.

DIE ZIELE für nachhaltige Entwicklung, auf die sich alle Länder der Vereinten Nationen (UN) im Jahr 2015 geeinigt haben, geben die Vorgehensweise bis 2030 vor. Das Wort ‚Entwicklung‘ unterstellt, dass es einen einzig richtigen Weg des Wandels für alle Länder gibt. Dadurch ist bereits die Namensgebung der Ziele ein wenig problematisch. Allerdings gibt es ein noch viel größeres Problem mit einem der 17 Entwicklungsziele: dem SDG 8. Dieses Ziel ruft alle Länder dazu auf, ein anhaltendes Wirtschaftswachstum anzustreben. Das ist weder wünschenswert noch nachhaltig.

SDG 8 ist die entscheidende Schwachstelle – das Trojanische Pferd – der Entwicklungsziele. Während des letzten Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) im Hauptquartier der UN in New York war das allen klar, die nicht die Augen davor verschlossen. Was folgte war dennoch die kollektive Leugnung des Problems.

Eine sehr unbequeme Wahrheit

Die Unvereinbarkeit der Ziele wird beim Vergleich von SDG 8 und SDG 13 am deutlichsten. Letzteres strebt „die Bekämpfung des Klimawandels“ an. Der durch die Verbrennung von schmutzigen Brennstoffen ansteigende atmosphärische Kohlenstoffdioxidgehalt nimmt weiter stetig zu (Abbildung 1). Das Kyoto-Protokoll (1997), die Vereinbarung von Kopenhagen (2009) und das Übereinkommen von Paris (2015) haben genauso wenig daran geändert wie die ersten vier Jahre der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“.

Der Zusammenhang zwischen der Verbrennung fossiler Brennstoffe, dem zunehmenden CO₂-Gehalt in der Luft und steigenden Bodentemperaturen wurde im Jahr 1896 festge-

stellt.¹ In den 1970ern wusste Exxon bereits, dass dies gefährliche Klimaveränderungen zur Folge haben würde. Trotzdem entschied sich der Konzern, Zweifel zu streuen.² In den 1990er-Jahren wurden multilaterale Vereinbarungen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe getroffen. Seitdem gab es nur ein einziges Jahr, in dem die globalen Emissionen leicht zurückgegangen sind: 2009. Das war auch das einzige Jahr seit Jahrzehnten, in dem das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) abnahm.

Das Märchen von der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltschäden

Das Konzept eines grünen, nachhaltigen oder entkoppelten Wirtschaftswachstums beruht auf dem Glauben, dass wirtschaftliche Expansion ohne die damit einhergehende Zerstörung der Umwelt möglich ist. Diese Vorstellung erlangte in den letzten zehn Jahren politische Akzeptanz.

Jedoch zeigen alle wissenschaftlichen Daten, dass es keinen Beweis für eine auch nur ansatzweise ausreichende Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen gibt. Zu diesem Schluss kommt der Bericht Entkopplungsmythos widerlegt: Beweise und Argumente gegen grünes Wachstum als alleinige Nachhaltigkeitsstrategie³, der von sechs WissenschaftlerInnen für das Europäische Umweltbüro angefertigt wurde. Der Bericht stellt eine beispiellose Herausforderung für diejenigen dar, die behaupten, dass die Entkopplung eine Fortsetzung des Wachstums des BIP rechtfertigt, selbst in einer „grünen“ Variante.

Laut den AutorInnen gibt es mindestens sieben Gründe dafür, dass eine ausreichende Entkopplung äußerst unwahrscheinlich ist: Steigende Energieausgaben, Rebound-Effekte, Problemverlagerungen, der unterschätzte Einfluss des Dienstleistungssektors, begrenzte Recyc-

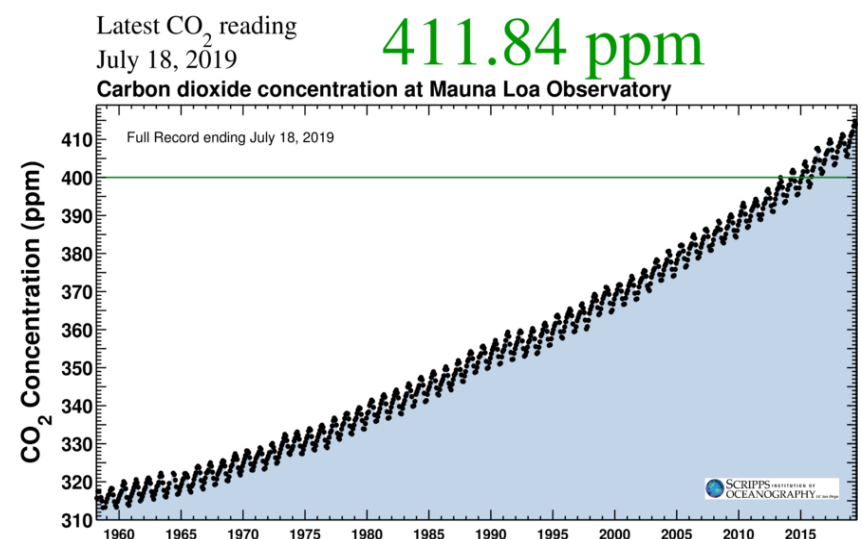


Abbildung 1: Keeling Kurve – Die Konzentration von Kohlenstoffdioxid im Mauna Loa Observatorium (Hawaii)

lingmöglichkeiten, unzureichender und unangemessener technologischer Wandel sowie Kostenverlagerungen. Sie liefern überzeugende Argumente für alle sieben Gründe, die die Wahl des Ungeheuers von Loch Ness für die Titelseite des Berichts erklären: Ausreichende Entkopplung als erfundene mystische Gestalt.

SDG 8 verlangt, dass „ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten und insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten wird“. Das soll wie von Zauberhand durch „eine schrittweise Verbesserung der weltweiten Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion und durch Anstrengungen zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung bis 2030...“ geschehen. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass jedwede Effizienzsteigerung, die die Menschheit bisher erreicht hat, in keiner Weise zu einem Rückgang des Gesamtverbrauchs an fossilen Brennstoffen geführt hat.

Die Effizienzsteigerungen konnten den Ansturm auf die Energie- und Rohstoffquellen aufhalten, die eigentlich als „nicht brennbar“ und „nicht förderbar“ bezeichnet werden sollten. Selbst eine nicht wachsende Industriewirtschaft wäre nicht haltbar, weil ein Großteil der Energie nicht wiederverwertet werden kann und die Zirkularität der Weltwirt-

schaft je nach Messart lediglich 6 Prozent oder 9 Prozent beträgt. Die Gesetze der Physik sind immun gegen unser Framing, Gedankenspiele und menschliche Schwächen.

Die Leidtragenden des Wachstumsmodells

Wer sind in erster Linie die Leidtragenden dieses ewigen Wachstumsmodells? Im Environmental Justice Atlas⁴ („Atlas der Umweltgerechtigkeit“) haben wir 2850 belegte Fälle von Umweltkonflikten bis Juli 2019 zusammengetragen. Die im Atlas aufgeführten Fälle sind allerdings nur eine Stichprobe der umfangreicheren Gesamtzahl an unbekannten Umweltkonflikten. Rund 12 Prozent der Fälle beinhalten Todesopfer; die Zahl getöteter UmweltaktivistInnen hat sich innerhalb von zehn Jahren vervierfacht. Obwohl indigene Völker nur 5 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, beträgt ihr Anteil an den weltweit ärmsten Bevölkerungsgruppen 15 Prozent. Noch eklatanter ist die Tatsache, dass sie von 40 Prozent aller Umweltkonflikte auf der Welt betroffen sind.

Das Streben nach BIP-Wachstum findet nicht nur auf ihre Kosten statt. Eine Untersuchung nach der anderen macht deutlich, dass arme Menschen und sogenannte People of Colour im Schnitt näher an den Abbaustätten leben, zu denen stark verschmutzte und hochwassergefährdete Gebiete sowie andere gefährliche oder zerstörte Standorte gehören. BIP-Wachstum führt schon jetzt zu einer ungleichmäßigen Verteilung der Umweltschäden, was wiederum eine Verschärfung bestehender sozialer Ungleichheiten zur Folge hat. Es ist daher wenig überraschend, dass sich die ExpertInnen des HLPF darin einig waren, dass wir weit von der Verringerung der Ungleichheiten entfernt sind (SDG 10). Anstelle abzunehmen verschärfen sich die Ungleichheiten weiter. Nicht weniger als 56 Menschen haben an einem Bericht mitgewirkt, der das Versagen beim Umgang mit dieser Problematik aufgedeckt hat: Falling through the cracks. Exposing inequalities in the EU and beyond (Durch das soziale Netz gefallen: Aufdeckung der Ungleichheiten innerhalb und außerhalb der EU).⁵

UN-Blase versus Wirklichkeit

Beim HLPF der Vereinten Nationen war von beinahe allen Delegierten aller Regierungen während der Eva-

luierung des SDG 8 dieselbe Leier zu hören: „Wir brauchen mehr Wirtschaftswachstum“. Delegierte aus Israel, der Schweiz und anderen Ländern rühmten sich mit ihren Wachstumsraten. Am wahrscheinlichsten ist allerdings ein Szenario, bei dem die Treibhausgasemissionen mit dem Weltwirtschaftswachstum weiter ansteigen, unabhängig davon, mit welchem trendigen Adjektiv PolitikerInnen das Wachstum beschönigen. Selbst wenn wir so weitermachen wie bisher, würde das ein anhaltendes Blutbad an den „Grenzen der Rohstoffgewinnung“ bedeuten, bis nur noch so wenig davon übrig ist, dass ewiger Krieg und Zusammenbruch unvermeidbar sind. Ob es uns gefällt oder nicht – es gibt nur einen Weg, um den vollkommenen Zusammenbruch der Systeme, die uns am Leben halten, und unserer Zivilisation zu vermeiden: eine sozial gerechte, gut organisierte Wachstums- und Weltwirtschaft.



Joan Martinez und
Nick Meynen

Joan Martinez Alier ist ein bekannter spanischer Ökonom, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsgeschichte und Forscher am ICTA der Autonomen Universität Barcelona.

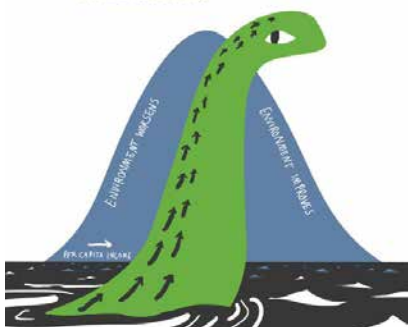
Nick Meynen ist Referent für ökologische und ökonomische Gerechtigkeit beim Europäischen Umweltbüro (EEB), Europas größtem Netzwerk für Umweltorganisationen.

Aus dem Englischen von
Anne Ursinus.



Decoupling Debunked

Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability



Entkopplungsmythos widerlegt: Beweise und Argumente gegen grünes Wachstum als alleinige Nachhaltigkeitsstrategie,

- 1 Svante Arrhenius (1896): On the Influence of Carbonic Acid in the Air upon the Temperature of the Ground. In: Philosophical Magazine and Journal of Science, S. 237-276. https://www.rsc.org/images/Arrhenius1896_tcm18-173546.pdf.
- 2 <https://www.scientificamerican.com/article/exxon-knew-about-climate-change-almost-40-years-ago/>.
- 3 <https://eeb.org/decoupling-debunked/>.
- 4 www.ejatl.org.
- 5 <https://www.sdgwatcheurope.org/wp-content/uploads/2019/06/FALLING-THROUGH-THE-CRACKS-JUNE-2019.pdf>.



VERKEHRSINFRASTRUKTUR UMBAUEN

Warum die Entwicklungen noch immer zu wenig mit Nachhaltigkeit zu tun haben

In der Infrastrukturpolitik ist in den letzten Jahrzehnten viel falsch gelaufen. Das Paradigma einer autozentrierten Verkehrspolitik stand über allem. Jetzt müssen wir uns die Frage stellen: Welche Infrastruktur brauchen wir zukünftig für eine nachhaltige, entspannte und klimafreundliche Mobilität für alle?

IM BEREICH der Verkehrs- und Industriepolitik sind Effektivität und Effizienz Begriffe, die gerne und oft verwendet werden. Dennoch konnte vor allem der Verkehr in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) beitragen. Im Gegenteil: Immer größere, schwerere und leistungstärkere Pkw, die immer weitere Strecken auf immer mehr Straßen fahren, sind weder effektiv, noch effizient. Echte Nachhaltigkeit im Verkehr wird mit der aktuellen, autozentrierten Politik nicht erreichbar sein.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite dringen die bekannten Forderungen von Umweltverbänden wie dem BUND nach einer anderen, umwelt- und klimafreundlicheren Mobilität durch aktuelle, vermehrt in der Öffentlichkeit ausgetragene, Diskussionen immer stärker durch. Auf der anderen Seite sind viele BürgerInnen in den alten Strukturen, der 'freien Fahrt für freie Bürger' gefangen. Wenn in Dörfern, Gemeinden und kleineren Städten wesentliche Teile der Versorgungsinfrastruktur fehlen und der öffentliche Verkehr lediglich darin besteht, einmal am Tag die Schulkinder in den nächst größeren Ort zu bringen, ist es für viele aktuell schier nicht möglich, kurzfristig das Auto stehen zu lassen oder gar abzuschaffen. Die Verkehrspolitik und vor allem die Infrastrukturpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Menschen außerhalb der Ballungsräume zu Abhängigen gemacht; zu Abhängigen der Automobilindustrie und ihrer Produkte. Während Investitionen in Straßenbau immer weiter ausgeweitet wurden, konzentriert sich der Bahnverkehr auf ein

stark eingeschränktes, über Jahre schrumpfendes und in weiten Teilen – wegen ausbleibender Investitionen – marodes Schienennetz. Verkehrsinfrastruktur hieß in den letzten Jahrzehnten vor allem Straßeninfrastruktur. Für die Schiene gab es hingegen nur Geld, wenn sich die verantwortlichen PolitikerInnen im Licht von Prestigeprojekten sonnen konnten. So sind beispielsweise die Schnellfahrstrecke Frankfurt-Köln oder Nürnberg-Erfurt Erfolgsmodelle mit Rekordgeschwindigkeiten, die Passagiere vom Flieger auf die Schiene gebracht haben. Doch wichtige Schienenprojekte im Nahverkehr oder für den Schienengüterverkehr bleiben weiter aus. Die Folge: immer mehr PendlerInnen, die sich morgens mit dem Auto zu ihrer Arbeit quälen, weil Bahnen überfüllt sind und immer mehr Lkw auf den Straßen, weil die Schienen- und Güterbahnhofsinfrastruktur den veränderten Ansprüchen an sie nicht gewachsen ist.

Nachhaltige Infrastruktur kommt nicht von heute auf morgen

Die Umwandlung der aktuellen, autozentrierten Verkehrsinfrastruktur in eine nachhaltige Infrastruktur, die es uns als Gesellschaft ermöglicht, die für den jeweiligen Bedarf optimalen Verkehrsmittel einzusetzen, ist kein Sprint. Ein nachhaltiger Umbau ist in vielen Bereichen vielmehr ein Mittel- oder Langstreckenlauf, da beispielsweise stillgelegte Schienenstrecken reaktiviert und eine große Zahl aller Strecken elektrifiziert – sprich mit Strom-Oberleitungen ausgestattet – werden müssen. Das alles bedarf eines gesellschaftlichen Willens, der sich dann in politischen Handlungen ausdrückt. Klimakrise hin, Fridays for Future her: Es ist vor

allem ein Zeichen der Daseinsvorsorge, der Solidarität mit Schwächeren und für die Unabhängigkeit vom Auto, wenn öffentlicher Verkehr in all seinen Facetten von uns BürgerInnen wieder stärker in den Fokus genommen wird.

Doch auch wenn es eines Langstreckenlaufs bedarf, die komplette Verkehrsinfrastruktur nachhaltig umzubauen, ist aktuell auch ein Zwischensprint angebracht. Vor allem in den Städten muss der Raum dringend neu verteilt werden. Der trotz, und nicht wegen der aktuellen Verkehrspolitik zu beobachtende Fahrradboom benötigt den ihm zustehenden Raum. Ebenso haben Zufußgehende ein Recht darauf, sicher unterwegs zu sein. Die autozentrierte Stadt ist Vergangenheit, ein Relikt, das Teile von Politik und Bevölkerung noch immer versuchen, hochzuhalten, das aber eigentlich schon lange tot ist. Die ständig steigende Zahl der Volksentscheide und Bürgerbegehren zeigt, dass sich die Zeiten wandeln und ein Umdenken stattfindet. Dabei ist die Bevölkerung oft schon viel weiter als die sie regierenden PolitikerInnen. Lärm-, Umwelt- und Gesundheitsschutz lassen die Menschen aufstehen und aktiv werden. Dabei geht es nicht darum, Mobilität einzuschränken, sondern die Mobilität mit weniger und anderem Verkehr und damit die Einhaltung des SDG 9 zu nachhaltiger Infrastruktur zu ermöglichen.

Das liebste Kind zahlt seine Zeche nicht

Wenn wir darüber sprechen, dass nachhaltige Mobilität ein wichtiger Baustein für unsere Zukunft ist, müssen wir auch darüber nachdenken, wie es überhaupt zu der aktuellen Situation mit immer mehr, immer größeren, immer schwereren Fahrzeugen

kommen konnte. Gemessen an den tatsächlichen, der Gesellschaft entstehenden Kosten sind beispielsweise Straßen- und Flugverkehr deutlich zu günstig. Staatliche Subventionen, aber auch die Vergesellschaftung der entstehenden Kosten für Umweltschäden, Gesundheitsfolgen, Infrastrukturkosten und auch wirtschaftliche Aspekte wie Staukosten oder durch schlechte Luft entstehende Ernteverluste lassen einige Arten der Mobilität günstiger erscheinen, als sie es tatsächlich sind.

Allein mit den rund 7 Milliarden Steuereinnahmen, auf die der Staat durch die vergünstigte Energiesteuer für Dieselkraftstoff verzichtet, könnte man den gesamten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland kostenlos anbieten. Ein Plan, der mit der aktuellen Ausstattung des ÖPNVs wohl nicht flächendeckend zielführend ist, der aber die Dimensionen der staatlichen Handlungsspielräume aufzeigt.

Ein weiteres Beispiel, das die Bevorzugung des Autos in unserer Gesellschaft gut zeigt, sind die Preise, die AutobesitzerInnen für die Nutzung des öffentlichen Raums, also der Platz in den Städten, der für uns alle zur Verfügung steht, bezahlen. So fordert der BUND bereits seit Jahren, die Vorgabe aufzuheben, wonach die Kommune nur maximal 30 Euro pro Fahrzeug und Jahr für einen BewohnerInnenparkplatz erheben kann. 8 oder mehr Quadratmeter

öffentlicher Raum für rund 8 Cent am Tag; während private Parkplätze in unmittelbarer Nähe 50, 100 oder mehr pro Monat kosten? Unverständlich!

Nachhaltige Mobilität ist mit großen Autos nicht möglich

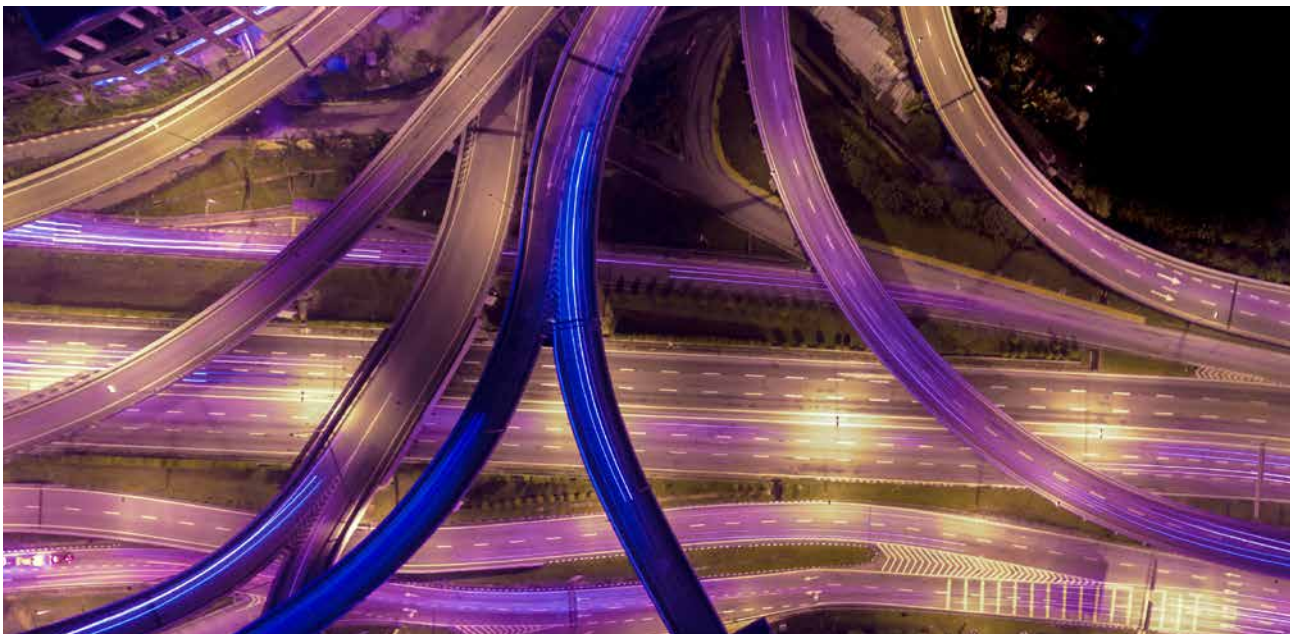
Ebenso unverständlich ist auch die Entwicklung der Autos selbst. Mit modernen Autos oder gesteigerter Nachhaltigkeit haben die Entwicklungen der letzten Jahre nicht viel gemein. Das Dicker, Größer, Schwerer ist wohl am ehesten mit einem Werrüsten zu vergleichen. Die Angst, im Straßenverkehr zu Schaden zu kommen, wird durch den Kauf von immer größeren Pseudogeländewagen kompensiert. Und wenn immer mehr solche Stadt-Panzer unterwegs sind, wird die nächste Generation halt noch dicker, größer, schwerer. Dass ein 2,5 Tonnen schweres Fahrzeug, das durchschnittlich 1,5 Menschen bewegt, aber niemals nachhaltig sein kann, leuchtet leicht ein. Und dies ist im Übrigen völlig unabhängig vom Antrieb dieses Fahrzeugs, denn auch große, schwere und leistungsstarke Elektroautos sind nicht die Lösung der Probleme. Ebenso wenig wie die aktuell von Teilen der Wirtschaft und einigen BundesministerInnen kolportierte Scheinlösung der synthetischen Kraftstoffe, die in keinsten Weise mit dem Nachhaltigkeitsziel der Reduzierung des Endenergieverbrauchs kompatibel ist.

Nachhaltige Fahrzeuge müssen klein, leicht und sauber sein, und sie müssen energie- und ressourcensparend sein – bei der Herstellung, der Nutzung und bei der späteren Entsorgung. In Kombination mit einem System, das es ermöglicht, dass jeder Mensch zu jedem Zeitpunkt das für ihn optimale Verkehrsmittel nutzt, können solche Fahrzeuge dafür sorgen, dass wir mehr Mobilität, nachhaltig und mit weniger Verkehr realisieren können. Aber das ist wie gesagt eher ein Langstreckenlauf, in den wir endlich richtig starten müssen.



Jens Hilgenberg

Der Autor ist Leiter des Bereichs Verkehrspolitik beim Bundesverband des BUND e. V.



© Ishan

Auslaufmodell: Das Auto im Fokus der Verkehrspolitik muss in Frage gestellt werden.



WAS SOLL DENN ENTWICKLUNGSPOLITIK MIT MIGRANTEN ZU TUN HABEN?

Eine migrantische Perspektive zur Umsetzung der SDGs

Die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) in Deutschland scheint in den Händen von „weißen“¹ Menschen und Institutionen zu liegen. Nur wenige migrantische Organisationen und MigrantInnen begleiten die Umsetzung der SDGs aktiv mit. Noch weniger von ihnen werden dafür finanziell entlohnt. Woran liegt das? Fehlt uns als MigrantInnen der Zugang? Werden wir überhaupt als relevante PartnerInnen von den „Weißen“ gesehen? Dieser Artikel soll ein Impuls zu der Diskussion sein.

EINE LANGE Zeit wurde Entwicklungspolitik vom Globalen Norden gestaltet. So wurden auch postkolonialistische Zusammenhänge als stark diskriminierende Diskurse kaum dekonstruiert. Bis heute gibt es tiefsitzende diskriminierende Auffassungen in der Gesellschaft. MigrantInnen sind in diesem Diskurs vielfach von Mehrfachdiskriminierung betroffen.

So übernehmen MigrantInnen automatisch eine untergeordnete Rolle, auch in Deutschland. Es ist notwendig, mehr Selbstermächtigungsprozesse in den Migrantenselbstorganisation (MSO) anzustoßen. Immigrierte Menschen müssen über die psychologischen Auswirkungen, die eine Migration mit sich bringt, aufgeklärt werden. Ebenso sollten sie auf die Herausforderungen und auf strukturell bedingte Rollenzuweisungen hingewiesen und darin unterstützt werden, damit umzugehen, mehrere Identitäten in sich zu vereinen. Individuelles Empowerment gekoppelt mit gesellschaftlichem Verständnis der eigenen Position ist ein langwieriger Prozess. Viele Studien belegen, dass diese Prozesse zu informierteren Positionen und weniger rassistischen Haltungen in der ganzen Gesellschaft führen.

„Wir sehen in dem Feld der entwicklungspolitischen Arbeit einen wesentlichen Beitrag, die Frage, was eine postmigrantische Gesellschaft ist und welchen Herausforderungen es zu begegnen gilt, aktiv zu gestalten. Dies kann und muss ein wesentlicher Teil auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sein, die gerade auch im

Globalen Norden ihre Verantwortung für die Ungleichheiten weltweit gemeinsam wahrnehmen muss.“ (Taheera Ameer, Amadeu Antonio Stiftung)

Seit 2011 beobachten wir eine immer deutlichere gesellschaftliche Veränderung: Rassismus und Antisemitismus begegnen uns im Alltag öfter und offener. Mit der Gründung und dem anschließenden Wahlerfolg der AfD bewahrheiteten sich unsere Befürchtungen: Frauenverachtende, rassistische und antisemitische Äußerungen wanderten auch in den täglichen Erleben immer mehr in die Mitte der Gesellschaft.

Seit 2015 gibt es eine starke politische und gesellschaftliche Diskussion darüber, wie Deutschland die vielen neu angekommenen Menschen integrieren könne. Es wird über interkulturelle Öffnung gesprochen. Viele MigrantInnen, die schon seit Jahren in Deutschland leben oder hier geboren sind, werden mit einem neuen Phänomen – „wie fremd ich doch bin“ – konfrontiert. Viele MigrantInnen, die sich in Deutschland Zuhause gefühlt und Deutschland als Heimat bezeichnet haben, sind auf dem Weg, der Entbindung² von Deutschland.

Zuschreibungen und Fehlannahmen

Hinzu kommt, dass es MigrantInnen und ihren Interessensvertretungen am Zugang zu Politik und Verwaltung mangelt. Wiederholt sind wir mit einer sehr fest umrahmten, rassistisch aufgeladenen Zuschreibung konfrontiert, die uns die gewählten politischen Felder und Themen absperrt. So hören wir zu unserer thematischen Aufstellung aus der

Verwaltung die Frage: „Was soll denn Entwicklungspolitik mit ‚Migranten‘ zu tun haben?“ auch die Unterstellung: „Frauenrechte, Kinderschutz und Entwicklungspolitik sind keine Themen, die hier für ‚Migranten‘ oder Geflüchtete vom Interesse sind. Da werden sie kaum jemanden freiwillig zu ihren Veranstaltungen bekommen.“ Wir sehen, dass wir durch das Besetzen der Themen im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und Fachaustauschen deutlich machen konnten, dass dies eine falsche Annahme ist. Solche Zuschreibungen zeigen jedoch, dass viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist.

Entwicklungspolitik und die Umsetzung der SDGs ist für uns als MigrantInnen eine große Chance. Wir haben Unterdrückung, Verhaftung auch nah stehender Personen, Krieg, Ungleichheit, Armut und Hunger selbst erlebt. Wir wissen, wie es unseren Familien in unserer „Heimat“ geht. Schon deswegen erleben wir uns als MultiplikatorInnen sehr authentisch.

Partizipation als Erfolgsstrategie

Partizipation ist das Kernstück demokratischer Gesellschaften. Nur wenige MigrantInnen und Geflüchtete erleben das. Es wird oft über die migrantische Gesellschaft gesprochen, nur selten mit ihr und noch seltener auf Augenhöhe. Eine Vertretung von MSO in den bestehenden Netzwerken, Ausschüssen und Institutionen wird zu einer solidarischen und weltoffenen Gesellschaft führen. Die Teilhabe der Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografie wird zu

neuen Ideen und zu mehr Kreativität führen. Die entwicklungspolitische Arbeit kann dadurch ein attraktiveres Image bekommen, das dringend nötig ist, um die SDGs umsetzen zu können. Nur durch eine solche Partizipation wird es möglich sein, die Zusammenhänge, aufgrund derer 70 Millionen Menschen auf der Flucht sind, zu verstehen.

Auch die gesamtgesellschaftliche Partizipation an der Umsetzung der SDGs wird schneller vorankommen, wenn wir MigrantInnen erlauben mitzumachen – nicht nur in Deutschland. Die Narrative, die durch die migrantische Gesellschaft getragen werden, wirken nachhaltig.

Partizipation heißt auch, die Prozesse des Neokolonialismus zu verändern. Neokolonialismus wird oft mit entwicklungspolitischer Arbeit in Verbindung gebracht. Viele rassistische Handlungen und Haltungen werden automatisch weitergegeben. Daher ist es uns wichtig, durch die SDGs auch an dem Thema Partizipation und strukturellem Rassismus zu arbeiten. Daher wollen wir Partizipation schon in Kitas fördern, die SDGs als Instrument nutzen, um die Gleichstellung und Gerechtigkeit für alle Menschen umzusetzen.

Auch gilt es, die Partizipation in der Politik zu fördern und MigrantIn-

nen und geflüchtete Menschen für das Thema Politik und entwicklungspolitisch zu motivieren. Es ist sehr sichtbar in der Praxis, dass viele MSO nicht wissen, was entwicklungspolitische Arbeit genau bedeutet. Eine entwicklungspolitische Kampagne für MSO wird notwendig sein. Das Thema „Entwicklungspolitik“ in viele Sprachen zu übersetzen, attraktiv zu beschreiben und die SDGs vorzustellen, wird ein langjähriger Prozess werden.

Schließlich sind wir davon überzeugt, dass Partizipation eine sehr starke präventive Wirkung hat, um Radikalisierungs- und Entbindungsprozesse zu verhindern. Nicht zuletzt entspricht dieser Punkt den SDGs.

Was würde den MSO und MigrantInnen helfen?

Vor allem, dass migrantische Organisationen in Deutschland in die entwicklungspolitische Arbeit der Länder einbezogen werden, dass in den entwicklungspolitischen Institutionen eine Quotenregelung eingeführt wird, die die Partizipation überhaupt erst möglich macht, dass migrantische Organisationen Zugang zu den Fördermöglichkeiten der gängigen Programme bekommen, der bisher wegen hoher Kofinanzierung für MSO nie gegeben war (z. B. durch eine Art Solidaritätszuschlag).

Notwendig ist eine stärkere Einbindung in den Prozess der Erstellung bzw. Überarbeitung der Bildungsprogramme auf Länderebene zu Globalem Lernen und eine stärkere Vertretung in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, da dort bisher wenig Sichtbarkeit gewährleistet ist. Letztendlich muss über ein Wahlrecht für MigrantInnen ernsthaft diskutiert werden.

Als MSO fühlen wir uns verpflichtet, eine aktive Rolle in der entwicklungspolitischen Arbeit zu übernehmen und die SDGs breit in der Gesellschaft zu streuen und damit auch Rassismus und Rechtspopulismus entgegenzuwirken.

Durchgehend machen wir die Erfahrung von strukturellem Rassismus, d. h. Hürden, die oftmals wenig sichtbar sind. Gerade in der Unsichtbarkeit dieser Hürden für all diejenigen, die nicht negativ davon betroffen sind, liegt eine große Herausforderung und eine wesentliche Schnittstelle zwischen einem Gelingen der Umsetzung der SDGs und einer Verringerung des strukturellen Rassismus.



Jana Michael

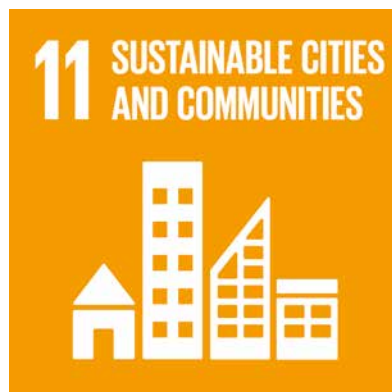
Die Autorin arbeitet als interkulturelle Supervisorin und Beraterin zu Diskriminierungs- und Migrationsthemen. In Tschechien hat sie eine politische Frauenrechtsorganisation mitaufgebaut.

- 1 „Weiß“ meint hier nicht nur die Hautfarbe, sondern die Position in der Gesellschaft, die mit Privilegien verbunden ist.
- 2 Zum Begriff: T Özbek (2017): Wie lebt es sich als Kanake in Deutschland? Überlegungen zum Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit. In: Das Fremde in uns – Das Fremde bei uns. Band zur DVP-Herbsttagung.



© Mofida Ankir

Ob global, regional oder im Kiez: Um Ungleichheiten zu überwinden müssen alle Akteure gleichberechtigt zusammenarbeiten.



DAS RECHT AUF WOHNEN UMSETZEN!

Für eine rebellische, linke, solidarische Stadt

Der Zugang zu bezahlbarem und sicherem Wohnraum ist ein wichtiger Indikator für die Erfüllung des Ziels 11 der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs). Die Realität ist aber auch in Deutschland mittlerweile oftmals eine andere. Verdrängung, prekäre Wohnverhältnisse und Obdachlosigkeit nehmen zu, vor allem in Großstädten. Andererseits laufen die Geschäfte mit Wohnraum auf Hochtouren.

2017 gab es mit 240 Milliarden Euro einen neuen Umsatzrekord am Immobilienmarkt. Die Immobilien- und Bodenpreise steigen und steigen. Neubauprojekte mit Eigentumswohnungen zu 5.000 Euro pro Quadratmeter sind keine Seltenheit, aktuell hält in Berlin ein Objekt mit 7.500 Euro den Rekord. Solche Investitionen braucht kein Mensch. Dafür aber umso mehr eine Politik, die das Recht auf Wohnen umsetzt.

ES REGT sich Protest: Anfang April 2019 haben allein in Berlin 35.000 Menschen gegen den Mietwahn protestiert. Die Initiative Deutsche Wohnen und Co. Enteignen nutzte die spektakuläre Demo als Auftakt für ihr Volksbegehren zur Vergesellschaftung der Berliner Bestände großer Immobilienkonzerne.¹ Denn es geht nicht nur um bezahlbare Wohnungen, sondern um Wohnungsneubau im Allgemeinen und sozialen Wohnungsbau im Besonderen.

Es geht auch um die Eigentumsfrage

Innerhalb von nur einem Jahr stiegen die anteiligen Wohnkosten in Berlin von 40 auf 46 Prozent, d. h. durchschnittlich wird fast die Hälfte des verfügbaren Einkommens für Wohnkosten ausgegeben. Dabei ist für ExpertInnen unumstritten, dass die Bruttokaltmiete nicht mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens betragen sollte. Immer mehr Haushalte müssen aber mehr ausgeben.² Vor allem in den größeren Städten sind die Mieten besonders hoch. 2018 mussten bei Neuvermietungen im Mittel 11,57 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden. Dabei fiel das Wachstum der Neuvertragsmieten seit 2010 in keiner der Städte so hoch aus wie in Berlin, bis Ende 2018 ein Anstieg um 73 Prozent. Und die Leerstandsquote in den großen Städten beträgt nur noch 3,6 Prozent. Der Markt reguliert das Problem nicht. Die Liberalisierung durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahr 1990, die massive Reduzierung der belegungsgebundenen Sozialwohnungen von 2,8 Millionen in 1990 auf 1,1 Millionen in 2018 sowie die Pri-

vatisierung kommunaler Wohnungsbestände führten nicht wie versprochen zu mehr leistbarem Wohnraum, sondern zu einer Umstrukturierung von Teilen des Wohnungsmarktes durch die Einführung der Finanzmarktlogik. Die kapitalmarktorientierten Immobilienkonzerne sind auf immer steigende Miteinnahmen zwingend angewiesen, um internationale Finanzinvestoren wie Blackrock, Staatsfonds oder Versicherungen zu bedienen. Die zudem auf Modernisierungen, Instandsetzungen und konzerninternen Dienstleistungsfirmen basierenden Geschäftsmodelle führen einerseits zu immer mehr Marktmacht und Einfluss in Bezug auf Verbände und Politik, andererseits auch faktisch zur Enteignung der MieterInnen. Denn die Preise sinken nicht, auch wenn das Angebot steigt. Die meisten der neu gebauten Wohnungen sind für Normalverdienende und erst recht für Geringverdienende nicht bezahlbar. 1,9 Millionen Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen fehlen in Deutschland. Und trotz eines sich andeutenden Umdenkens in der Politik werden viel zu wenige Sozialwohnungen gebaut, aktuell nur 26.000 im Jahr, es müssten über 80.000 sein.³ Gleichzeitig fallen jährlich Zehntausende Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Innerhalb von nur sechs Jahren sind auch die Quadratmeterpreise für Bauland in den sieben größten Städten Deutschlands von 600 auf 1.120 Euro gestiegen.

Aber es tut sich etwas

Die Menschen verweigern sich Räumungsbeschlüssen, schließen sich

als Hausgemeinschaften zusammen, führen erfolgreiche und manchmal auch erfolglose Kämpfe, organisieren politische und kulturelle Events, recherchieren Besitzverhältnisse und setzen kommunale Politik und Landesregierungen unter Druck. In allen größeren Städten gibt es lokale MieterInneninitiativen, in Berlin beispielsweise Bizim Kiez, Kotti & Co, Stadt von unten oder das Bündnis Zwangsräumung stoppen. Und in Berlin kommt nach gut zwei Jahren rot-rot-grüner Wohnungspolitik durchaus etwas in Bewegung: Die Mieten in der Stadt stiegen mit 2,5 Prozent nur noch halb so schnell wie bei der letzten Erhebung von vor zwei Jahren, als es noch 4,8 Prozent jährlich waren. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, die aktuell in Berlin einen Bestand von über 300.000 Wohnungen verwalten, dürfen ihre Mieten nur noch um maximal 2 Prozent jährlich erhöhen. Bei privaten VermieterInnen greift eine Kappungsgrenze von maximal 15 Prozent in drei Jahren. Dazu sorgen inzwischen 57 Milieuschutzgebiete dafür, dass preistreibende Luxussanierungen in 460.000 Wohnungen schwieriger geworden sind. Das kommunale Vorkaufsrecht wird zunehmend angewandt und ein Mietendeckel ist beschlossene Sache.

Von Barcelona bis Berlin

Dass sich etwas bewegt, liegt auch daran, dass sich immer mehr Menschen lokal organisieren, unzählige Mieterinitiativen und politische Organisationen schmieden Bündnisse. Es entwickelt sich ein verändertes Verhältnis von Bewegungen und Initiativen, linken Parteien und Regierungen.

Die kommunale, die städtische Ebene hat enorm an Bedeutung gewonnen, sowohl was den administrativen Spielraum als auch was die Mobilisierungsfähigkeit betrifft. Vor wenigen Jahren wurde hinsichtlich der kontroversen mieten- und wohnungspolitischen Themen noch oft achselzuckend und scheinbar ohnmächtig auf die bundespolitische Ebene verwiesen. Inzwischen entsteht auf der lokalen Ebene tatsächlich soziale Gegenmacht. Schon 2013 forderte David Harvey, der britisch-US-amerikanische Stadtforscher, in seinem Buch ‚Rebellische Städte‘ eine urbane Revolution gegen die „Akkumulation durch Enteignung“. In Berlin soll jetzt „zurückenteignet“ werden. Dabei sind Enteignungen alltägliche Praxis, sie stehen im Grundgesetz, sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Praktiziert werden sie bis dato aber nur im Straßenbau und im Tagebau. Im Mai 2019 liefen 200 Enteignungsverfahren bundesweit. Dass Wohnen kein Spekulationsobjekt sein

darf und zur Daseinsvorsorge gehört ist inzwischen in aller Munde. Für ein Recht auf Wohnen liegen die Instrumente im Prinzip bereit. Sie heißen: Mietendeckel und Mietpreisbremse, Vorkaufsrecht und Milieuschutzesatzungen, Spekulations- und Zweckentfremdungsverbot, Transparenzregister und Verbot von Share-Deals, Verbot von Zwangsräumungen, staatlich regulierte Neubauten, Förderung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus und von Sozialwohnungen, Diskriminierungsverbote, Bodenfonds und Community Land Trusts. Weiteres kann erfunden werden. So kommen Städte wie Berlin einer rebellischen, linken und solidarischen Stadtpolitik näher, sodass es irgendwann tatsächlich heißen kann: Die Stadt gehört Euch.



Stefan Thimmel

Der Autor ist Referent für Wohnungs- und Stadtpolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

- 1 Wer in Berlin welche Wohnungsbestände besitzt, findet sich in der im Mai 2019 erschienenen Studie ‚Profitmaximierer oder verantwortungsvolle Vermieter? Große Immobilienunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen in Berlin im Profil‘ von Christoph Trautvetter und Sophie Bonczyk, Hrg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/40502/profitmaximierer-oder-verantwortungsvolle-vermieter/.
- 2 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Publikationen/Downloads-Nachhaltigkeit/indikatoren-0230001189004.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 86.
- 3 Holm, Andrej et al., 2018: Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf.



© Patrick Robert Doyle

Wem gehört die Stadt? Bezahlbarer Wohnraum ist ein Schritt auf dem Weg zur Erreichung des SDG 11



AUS DER MODE

Wie zivilgesellschaftliche Kampagnen weltweit gegen unregulierte Produktionsbedingungen vorgehen

Beim Thema Konsum und Produktion wird häufig an die Verantwortung der KonsumentInnen appelliert, dabei fehlt es zuallererst an wirksamen Kontrollmechanismen und Sanktionen für Verstöße gegen geltendes Recht. Zahlreiche Kampagnen versuchen auf die gravierenden Missstände in internationalen Produktionsbedingungen hinzuweisen, besonders die Bekleidungsindustrie steht im Fokus dieser Arbeit. Hier sind wir alle selbst angesprochen aktiv zu werden und laufende Aktivitäten zu unterstützen.

OB SCHICK, sportlich oder einfach bequem – unsere Schuhe tragen uns durch die Welt. Doch die ökologischen und sozialen Dimensionen des Schuh- und Lederkonsums blenden wir häufig aus. 2011 wurden insgesamt über 21 Milliarden Paar Schuhe produziert, 2013 waren es bereits mehr als 22 Milliarden. Das entspricht drei Paar pro Person weltweit. Davon wird der überwiegende Teil in Europa verkauft (circa 40 Prozent), gefolgt von China und den USA. Mit sieben Paar pro Person und Jahr werden die meisten Schuhe in den USA konsumiert, gefolgt von Deutschland, Japan und Großbritannien mit etwa fünf Paar pro Person und Jahr.

Fünf Paar Schuhe im Jahr aus Asien

Einzelne Stationen in der Wertschöpfungskette von Schuhen sind gerade in den ersten Produktionsstufen extrem arbeitsintensiv. Einige Produktionsschritte werden nach wie vor nur in Handarbeit und häufig in Heimarbeit getätigt. Es ist daher wenig verwunderlich, dass 87 Prozent der weltweiten Schuhproduktion in Asien stattfindet. Das mit Abstand größte Produktionsland mit ca. 14,6 Milliarden Paar Schuhen im Jahr 2014 ist China, gefolgt von Indien, Brasilien, Vietnam und Indonesien.

Menschen(rechte) verletzt, Umwelt zerstört

Damit geht einher, dass ähnlich wie in der Bekleidungsindustrie in der Schuhproduktion häufig grundlegende Arbeitsrechte nicht eingehalten werden. Oftmals wird den ArbeiterInnen in den Produktionsländern nicht der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn gezahlt, geschweige denn ein existenzsichernder Lohn.

Zudem werden notwendige Sicherheitsstandards häufig nicht eingehalten, was insbesondere in Ledergerbereien verheerende Folgen für Leben und Gesundheit der Beschäftigten haben kann. So starben z. B. am 31.01.2015 neun Arbeiter und ein Wachmann in einer Gerberei in Tamil Nadu, Indien, nachdem die Schutzwand einer benachbarten Kläranlage nachts eingestürzt war und die schlafenden Arbeiter überraschte. Alle zehn Menschen ertranken in dem hochgiftigen Schlamm. Spätere Untersuchungen ergaben, dass die über 500 Kubikmeter ausgetretenen Klärschlamms neben Chromsulfaten noch viele weitere gefährliche Substanzen enthielten. Zusätzlich zu den weit verbreiteten Verletzungen der Rechte von ArbeiterInnen, hat die Schuhproduktion auch weitreichende ökologische Auswirkungen. So erfordert die Produktion von Le-

derschuhen erhebliche Boden- und Wasserressourcen. Es wird geschätzt, dass für die Produktion eines Paares Lederschuhe 2015 bis zu 25.000 Liter Wasser und 50 Quadratmeter Land verbraucht werden.

Ein Lieferkettengesetz – der Hebel für eine verantwortungsvolle globale Produktionskette

Ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige globale Schuhproduktion wäre ein Lieferkettengesetz für deutsche Unternehmen. Ein solches Gesetz soll klar regeln, dass alle deutschen Unternehmen angemessene Vorsorgemaßnahmen treffen müssen, damit in ihrer globalen Lieferkette Arbeitsbedingungen bestehen, die nicht die Gesundheit oder gar das Leben der Beschäftigten gefährden und auch keine sonstigen Menschenrechte verletzen. Es muss festgelegt werden, dass Unternehmen wirksame Mecha-



Ausbeutung, Sklaverei, Kinderarbeit und Umweltzerstörung sind bei der Textilproduktion noch immer weit verbreitet.

© Akash

nismen etablieren müssen, damit Beschwerden von ArbeiterInnen ernstgenommen werden und beispielsweise bei ungenügender Arbeitssicherheit für Abhilfe gesorgt wird. Ein Gesetz für Sorgfaltspflichten in internationalen Lieferketten definiert zudem die Haftung der Unternehmen und den Anspruch auf Entschädigungen der Betroffenen, wenn Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nicht ausreichend nachgekommen sind.



Anne Neumann

Die Autorin ist Referentin für die Kampagne „Change Your Shoes“ bei INKOTA e.V.

Unterschreiben Sie die Forderung nach einem Lieferkettengesetz von INKOTA, damit wir sichergehen können – kein Blut am Schuh!

www.inkota.de/change-your-shoes

Ganz direkt können Sie indische SchuharbeiterInnen noch bis zum 7. Oktober 2019 mit der INKOTA-Solidaritätskampagne „Shirts for Change“ unterstützen – wir sammeln Geld zur Finanzierung von Arbeitsrechtstrainings für Arbeiter*innen. Als Dankeschön für Ihren Beitrag können Sie T-Shirts, Stoffbeutel, Postkarten oder Sticker mit ansprechenden Menschenrechtsbotschaften bekommen, mit denen Sie Andere auf die Probleme in der Bekleidungs- und Schuhindustrie aufmerksam machen:

www.startnext.com/shirts4change

AKTIONSTAG 12. OKTOBER MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN – KONZERNKLAGEN STOPPEN



KONZERNE HABEN ZU VIEL MACHT. ES IST ZEIT, SIE UNS ZURÜCKZUHOLEN!

Im Rahmen der europaweiten Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ findet am 12. Oktober ein dezentraler Aktionstag in ganz Deutschland statt. Gemeinsam setzen wir ein starkes Zeichen gegen Sonderklagerechte für Konzerne, die Umwelt-, Verbraucherschutz- und Arbeitsstandards bedrohen und demokratische Handlungsspielräume einschränken.

Wir fordern: CETA nicht ratifizieren! Keine neuen Abkommen mit Sonderklagerechten abschließen! Konzerne zur Verantwortung ziehen!

Sei dabei!



attac

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Forum Umwelt und Entwicklung

GREENPEACE

NaturFreunde
DEUTSCHLANDS

NETZWERK Gerechter Welthandel

Power Shift

weed

Mehr Informationen bald unter:
www.gerechter-welthandel.org

Folge uns auf Facebook: Netzwerk Gerechter Welthandel
und Twitter: @NetzWelthandel



PRIMA KLIMA FÜR LAU?

Wer Klimaschutz will, kann nicht auf Privatinvestitionen setzen

Bei der Überprüfung des Ziels für nachhaltige Entwicklung Nummer 13 (SDG 13), „Klimawandel bekämpfen“, bleiben die Beiträge der Staaten des Globalen Nordens im freundlich Ungefährnen, während die besonders von den Folgen der globalen Erwärmung betroffenen Staaten nachdrücklich zum Handeln aufrufen und die versprochenen finanziellen Beiträge der Industriestaaten anmahnen. In dieser Frage wird der Norden sich nicht mit Verweis auf mögliche Investitionen des Privatsektors um seine Zusagen drücken können.

NEW YORK im Juli 2019: Auf dem Bürgersteig vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen (UN) stehen bei 26 Grad und strahlendem Sonnenschein die AktivistInnen der Fridays for Future und VertreterInnen der Zivilgesellschaft. „We will take action“ (Wir werden handeln), rufen sie und halten ihre Plakate in die Luft. Drinnen erinnert die Leiterin des Fachbereiches ‚Internationales‘ der New Yorker Stadtverwaltung, Penny Abeywardena, an die Folgen des Hurricane Sandy, der im Jahr 2012 auch New York traf und unter anderem 90.000 Gebäude beschädigte. Die Stadt New York hat Konsequenzen gezogen, sich als Kommune den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet und zieht beispielsweise ihre Investitionen in Pensionen aus fossilen Investments ab, um diese klimafreundlich zu reinvestieren. In der kommenden Woche will New York analog zu den freiwilligen Länderberichten zur Umsetzung der SDGs (so genannten ‚Voluntary National Reports‘) seinen zweiten ‚Voluntary Local Report‘ vorstellen.

Von derlei Konkretion sind die Berichte der Länder zur Umsetzung des SDG 13 größtenteils weit entfernt. Während China weiterhin an das Prinzip der „common but differentiated responsibilities“ (gemeinsamer, aber differenzierte Verantwortung) erinnert, präsentiert sich das letzte Gastgeberland der UN-Klimakonferenz, das kohlefreundliche Polen, als engagierter Klimaschützer, der auch die Kosteneffizienz im Blick haben will. Der Vertreter der Europäischen Union sieht die EU als führend im Kampf gegen den Klimawandel. Ob sich das schon unter allen EU-Mitgliedstaaten herumgesprochen hat, bleibt unklar. Auf den konkreten nati-

onalen Fortschritt bei der Umsetzung der national festgelegten Beiträge (zur CO₂-Minderung, Nationally Determined Contributions, NDCs) und auf die Notwendigkeit der Aktualisierung dieser nationalen Beiträge geht kaum ein beitragendes Land ein. Die Vertreterin der Marshallinseln weist zurecht darauf hin: Ohne Fortschritt beim Kampf gegen den Klimawandel gibt es auch keinen Fortschritt bei den anderen SDGs. Die Klimakrise ist dazu eine von vier langfristigen sektorübergreifenden Herausforderungen bei der Umsetzung der SDGs, die ein vor dem High Level Political Forum veröffentlichter Bericht der UN nennt.¹

So bleibt die Debatte zu SDG 13 in den angenehm klimatisierten Sälen der UN größtenteils ohne konkrete Bezüge. Das wirkt umso paradoxer, da es mit dem Paris-Abkommen und den darin enthaltenen Vereinbarungen eine eindeutige Notwendigkeit in puncto Minderung von CO₂-Ausstoß und anschließend daran vereinbarte Zusagen in puncto Finanzen gibt, anhand derer die Umsetzung des SDG 13 schon jetzt messbar ist. Spätestens bei der Klimakonferenz in Chile, wenn nicht schon beim UN-Klimagipfel im September dieses Jahres wird sich zeigen, ob die internationale Staatengemeinschaft bereit ist, angesichts der mangelhaften Implementierung des Paris-Abkommens ihre Ambitionen zu verschärfen. 2020 wird offenbar werden, ob das Bekenntnis zum klimapolitischen Multilateralismus dann auch finanziell unterfüttert wird.

Kosten oder Investition in die Zukunft
Über all dem schwebt, wie in den Debatten um die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen

(SDGs) üblich, die Erfüllung des SDG 17, das mit „Partnerschaften“ nur unzureichend beschrieben ist. „From billions to trillions“, die Hebelung von Privatkapital zur Erreichung der SDGs, gehört zum Grundrauschen der Debatten, immer verbunden mit der Frage, was die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung denn nun kostet (weniger, was sie bringt). Generell krankt die Finanzierung der Ziele für nachhaltige Entwicklung daran, dass nicht ausreichend nachhaltig investiert wird.² Zwar ist privates Kapital im Energiemarkt keine unwesentliche Größe, aber in smarte Ideen zur Anpassung an den Klimawandel wird von privater Seite nicht in nennenswertem Umfang investiert. Interessant und gleichzeitig plausibel im unerfreulichen Sinn ist beispielsweise die Zurückhaltung des Digitalbusiness im Bereich Klima. „Silicon Valley is falling short on climate change“,³ mahnte die Financial Times dieser Tage mit Blick auf die Tatsache, dass die großen Unternehmen der Branche keine besonderen Innovationen vorzuweisen haben, die dabei helfen, die Klimakrise einzudämmen. Sie beschränken sich vielmehr darauf, den eigenen Beitrag zur globalen Erwärmung möglichst gering zu halten, durch Nutzung Erneuerbarer Energien für ihren eigenen Stromverbrauch. Warum diese Zurückhaltung? Zum einen passt die zukunftsoptimistische Rhetorik von Google und Co. nicht gut zu der Tatsache, dass die Menschheit auf eine Krise ungeahnten Ausmaßes zusteuert. Der zweite Teil der Antwort ist aber der entscheidendere: Eine solche Investition scheint für die Geber von Risikokapital, sogenannte Venture Capital, wohl einfach nicht interessant oder lukrativ genug. Der

von Bill Gates initiierte Investitionsfonds Breakthrough Energy wirbt mit „Energy for the world“. Ob zu einer solchen nachhaltigen Energieerzeugung für die Welt, die auch die Überwindung der Armut zum Ziel hat, auch Fusionsreaktoren zählen sollten, ist jedoch mehr als fraglich.

So ist die Frage von Kosten und Nutzen in puncto Klimaschutz und zur Umsetzung des SDG 13 eine, die besonders daran krankt, dass Investitionen, insbesondere private, in den allermeisten Fällen unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Gewinnerwartungen diskutiert werden, während die Folgen der Klimakrise in ihrer Dramatik zumindest global nur mittel- und langfristig sichtbar werden. Laut einer Studie des UN-Umweltprogramms (UNEP) liegen die Kosten alleine für Anpassungsmaßnahmen voraussichtlich bis 2030 zwischen 140 bis 300 Milliarden US-Dollar jährlich. Das heißt aber in der Folge, dass die Vorstellung, die Umsetzung der SDGs von der Hebelung von Privatkapital abhängig zu machen, mindestens im Fall des SDG 13 wenig realistisch oder gar wünschenswert ist und deshalb lo-

gischerweise auch nicht dazu dienen kann, die notwendigen Finanzaussagen der Regierungen des Nordens nicht zu erfüllen.

Mit leeren Händen nach New York?

Für Deutschland muss das eilig bestellte Klimakabinett bis September Lösungen vorlegen, wie Deutschland zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze beitragen kann. Wenn Deutschland, wie vergangenes Jahr vom Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung eingefordert, Teil einer „Schnellläufer-Allianz“ zur Umsetzung der SDGs werden soll, dann muss hier dringend auf nationaler Ebene nachgesteuert werden. Mit Blick auf die erfreulichen Zusagen der Bundesregierung, die Beiträge zum Green Climate Fund zu verdoppeln, ist das Lavieren der Bundesregierung bei der Umsetzung eines echten Klimaschutzes in Deutschland umso augenscheinlicher. Klimaschutz ist ein wesentlicher Faktor für die gelingende Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und für die notwendige Transformation unseres Wirtschaftsmodells. Im September finden Klimagipfel und SDG-Gipfel

direkt nacheinander statt. Dann wird umso deutlicher werden, dass Klimaschutz und die Agenda 2030 einander bedingen. Viel Zeit ist bis dahin nicht mehr.



Johannes Grün

Der Autor leitet das Referat Wirtschaft und Umwelt bei Brot für die Welt.

- 1 <https://undocs.org/en/E/2019/66>.
- 2 <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/die-finanzierung-der-agenda-2030-verfehlt-ihre-ziele/>.
- 3 <https://www.ft.com/content/16d3a9c4-aebd-11e9-8030-530adfa879c2>.



© Mofida Ankir

Ohne Fortschritt beim Kampf gegen den Klimawandel gibt es auch keinen Fortschritt bei den anderen SDGs.



JA, JA, SO BLAU, BLAU, BLAU IST DIE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

Rettung der Meere durch die Blue Economy?

Den Meeren geht es nicht gut. Überfischung, Übernutzung und Verschmutzung zerstören deren Ökosysteme und gefährden die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen. Um dennoch Wirtschaftswachstum weiter zu fördern und gleichzeitig Nachhaltigkeit in die marine

Wirtschaft zu bringen, wollen Staaten und die Vereinten Nationen (UN) nun eine Blue Economy, das heißt eine die Meere schützende Wirtschaft, umsetzen. Doch hält das Konzept, was es verspricht?

DER NEUESTE Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) zur Artenvielfalt ist gezeichnet von Warnungen über die Übernutzung der Meere. Demnach sind zwei Drittel der marinen Umwelt bereits durch den Einfluss der Menschheit signifikant verändert worden. Gut 30 Prozent der Riffkorallen, Haie und Meeressäuger sind vom Aussterben bedroht. 93 Prozent der Fischbestände sind entweder maximal oder längst über ihr regeneratives Limit befüllt.¹

Gleichzeitig hat sich die globale Fischflotte zwischen 1950 und 2015 von 1,7 Millionen auf 3,7 Millionen Boote erhöht, wobei illegale Fischerei mittlerweile circa 20 Prozent des weltweiten Fangs ausmacht.² Hinzu kommt, dass der Eintrag von Plastik im Meer weiter zunimmt: bis zu 12,7 Millionen Tonnen pro Jahr. Das ist das Äquivalent einer LKW-Ladung Müll in der Minute.³ Klimawandel, Schmelze des arktischen und antarktischen Eises, Eintrag von Schadstoffen durch die Schifffahrt, die Liste der kritischen Entwicklungen ist lang.

Was ist die Blue Economy?

Als Lösung, um der Vielfalt der Probleme Herr zu werden und gleichzeitig nicht auf wirtschaftliche Aktivitäten in und auf den Meeren verzichten zu müssen, hat das Konzept der Blue Economy, der blauen Wirtschaft, Einzug gehalten. Insbesondere Staaten- und WirtschaftsvertreterInnen weltweit versprechen hierdurch Armutsreduzierung und Aufbau von Wirtschaftssystemen im Süden ebenso wie neue ökonomische, umweltverträgliche Wirtschaftszweige im Globalen Norden. Blue Economy wird demnach als Meeres-Pendant

zur Green Economy gesehen, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand auf eine umweltfreundliche Basis stellen will.

Mit der Verabschiedung der UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) 2015 konnte ein starker Bezug zur weltweiten Nachhaltigkeit gezogen werden. Der grundsätzliche Tenor dabei liegt auf der weiteren wirtschaftlichen Erschließung der Meeresressourcen, basierend auf nachhaltigen Nutzungskonzepten und verstärktem Ausbau von Schutzmaßnahmen.

Ziel ist, neue Wirtschaftsfelder erschließen

Doch das Konzept der Blue Economy muss aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht genossen werden. Denn mitnichten versteckt sich dahinter ein Rückbau bestimmter Wirtschaftszweige oder eine substanzielle Nichtnutzung der Meere. In erster Linie geht es darum, bestehende Aktivitäten nachhaltiger zu gestalten, zum Beispiel durch neue Antriebstechnologien in der Schifffahrt, oder neue Felder zu erschließen, die natürliche Ressourcen als Quelle wirtschaftlicher Aktivitäten in den Vordergrund stellen. Dazu gehört beispielsweise die Nutzung von Algen in der Bioökonomie.⁴

Die Anwendung marktwirtschaftlicher Strategien auf Naturschutz oder Nutzung natürlicher Ressourcen ist allerdings stark umstritten. Denn oft bleibt ein positiver Effekt auf Ökosysteme oder gar deren Erholung aus. Zudem entsteht eine Wirtschaftlichkeit oft erst durch massive Ausweitung, wodurch neue Übernutzungseffekte entstehen. Bestes Beispiel ist der Versuch, Hochseefischerei durch

Aquakulturen in Europa zu ersetzen. Jeder dritte Fisch stammt schon heute aus einem Aquakulturbetrieb – weltweit insgesamt 64 Millionen Tonnen. Und die Aquakulturproduktion wächst weiter rasant. Nachhaltig ist davon kaum etwas, die Auswirkungen auf die umliegenden Ökosysteme sind gravierend.

Die EU bezeichnet einfach alles als Blue Economy

Des Weiteren beschränkt sich die Blue Economy-Definition längst nicht mehr nur auf Nachhaltigkeit. Insbesondere die Europäische Union (EU) propagiert seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer Blue Economy, wobei hierbei alle wirtschaftlichen Aktivitäten der EU und Mitgliedstaaten in Meer und an Küsten bezeichnet werden. Das umfasst u. a. Fischerei, Schifffahrt, Tourismus sowie Öl- und Gasextraktion, Hafeninfrastruktur. Im 'EU Blue Economy Report 2019' heißt es, dass in diesem Sektor 4 Millionen Menschen direkt beschäftigt würden und 2017 ein Absatz von 658 Milliarden Euro erzielt wurde.⁵

Die EU-Definition weicht somit stark vom ursprünglichen Verständnis ab und bedient sich lediglich an Floskeln eines nachhaltigen Wachstums basierend auf gesunden Ozeanen. Gerade die EU ist aber oft das Problem, wenn es um den nachhaltigen Umgang mit den Meeren geht. Die EU-Meeresgewässer und Küsten gehören zu den am stärksten beeinträchtigten, übernutzten und überfischten der Welt. Und doch stimmte das Europäische Parlament erst zu Beginn des Jahres für eine Ausweitung der Fischerei in den westlichen Gewässern der EU, wodurch der Fang über einem nachhaltigen Maße

erlaubt wird. Das eigentlich rechtlich bindende Ziel der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU, einen guten Umweltzustand europäischer Gewässer bis 2020 zu erreichen, wird klar verfehlt werden.

SDGs müssen für Tiefseebergbau herhalten

Nicht nur bei der Fischerei wird das Blue Economy-Versprechen von Nachhaltigkeit nicht eingehalten. Auch andere Nutzungsbereiche in der marinen Ökonomie werden in den Kontext der SDGs gestellt, drehen aber damit die Definition von Nachhaltigkeit ad absurdum. So wird beispielsweise die Ermöglichung zukünftigen Tiefseebergbaus u. a. mit dem Meeres-SDG 14 begründet. Durch die Tiefseemineraleien sollen zahlreiche Versprechen einer grünen Moderne realisiert werden, darunter die Energiewende und Elektromobilität. Aufgrund der besonderen rechtlichen Grundlagen des Seerechtsübereinkommens, unter dessen Statuten Tiefseebergbau derzeit bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA) verhandelt wird, soll Tiefseebergbau außerdem insbesondere sogenannten Entwicklungsländern Profite einbringen.

Der Link zwischen Tiefseebergbau und einer Blue Economy ist längst

gemacht, und findet sich u. a. in der Rhetorik der ISA, der EU und anderer Staaten wieder. Dabei bleibt der tatsächliche Beitrag von Tiefseebergbau zur wirtschaftlichen Entwicklung armer Staaten völlig unklar, da sich ökonomische Szenarien zur Wirtschaftlichkeit des zukünftigen Abbaus angesichts von Risikoabschätzung, Profitabgaben an Unternehmen, noch zu verhandelnden Auflagen und möglichen Schwankungen am Rohstoffmarkt kaum seriös vorhersagen lassen. Zudem häufen sich wissenschaftliche Erkenntnisse, dass eine weitreichende Erforschung der marinen Ökosysteme notwendig ist, um überhaupt Aussagen über mögliche Auswirkungen von Bergbau auf die Meere treffen zu können. Zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit sprechen sich deswegen für ein Verbot von Tiefseebergbau aus.

Kein Nachhaltigkeitskonzept per se

Ein Wirtschaftskonzept, das Nachhaltigkeit in die marine Ökonomie bringen will, aber weiterhin auf Übernutzung, Ausbeutung und Profit mächtiger Akteure setzt, ist Augenwischerei. Nimmt man Blue Economy als SDG-konformes Konzept ernst, muss es die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten minimieren oder vermeiden, nachhaltige Fischerei auf

Grundlage wissenschaftlicher Standards fördern, Meeres- und Küstenzonen renaturieren und schützen und die Nutzung der Meere als Transportwege verringern. Alles bei gleichzeitiger Stärkung regionaler Kreisläufe und lokaler Strukturen. Vor allem muss eine Blue Economy nicht-nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten und Lebensmuster beenden und einen freien Zugang zu den Ozeanen und Meeren als Gemeingut sicherstellen.

Kann sie dies nicht gewährleisten oder konterkariert sie dies sogar, ist die Blue Economy als Nachhaltigkeitskonzept unbrauchbar und gar schädlich. Vor allem trägt sie sicherlich nicht zur Umsetzung der SDGs bei.



Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt & Entwicklung.

- 1 <https://www.ipbes.net/global-assessment-biodiversity-ecosystem-services>.
- 2 <https://nereusprogram.org/reports/policy-brief-no-fish-left-behind-fisheries-under-bbnj/>.
- 3 <https://www.greenpeace.org/usa/key-facts-about-plastic-pollution/>.
- 4 https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/01/Erkla%CC%88rung-Bioo%CC%88nomie_final.pdf
- 5 <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/676bbd4a-7dd9-11e9-9f05-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-search>.



© Yue Su

Das Konzept der Blue Economy muss mit Vorsicht genossen werden - weder ist Nichtnutzung substantieller Meeresgebiete noch der Rückbau bestimmter Wirtschaftszweige damit gemeint



HOLZPRODUKTION VERSUS GEMEINWOHLLEISTUNGEN

Unterstützt unsere Forstwirtschaft die UN-Nachhaltigkeitsziele?

Vor gut 300 Jahren wurde in Deutschland der Nachhaltigkeitsbegriff für die Forstwirtschaft erfunden. Das wurde von den ForstakteurInnen ausgiebig gefeiert und wird immer dann angeführt, wenn jemand die Praxis der Holzerzeugung kritisiert. Wie verträgt sich die Forstpraxis mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs)?

FÜR WÄLDER ist vor allem das SDG 15 von Bedeutung: „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen“.¹

Geprägt hatte den Nachhaltigkeitsbegriff im Jahre 1713 der sächsische Kameralist und Berghauptmann Hans Carl von Carlowitz, um die durch Übernutzung verursachte Waldvernichtung einzuschränken. Um den großen Holzbedarf der Bergwerke dauerhaft zu sichern, musste man die natürliche Regenerationsfähigkeit der Wälder erhalten. Das Spannungsfeld der Nachhaltigkeit umfasst auch heute noch das Verhältnis zwischen den Bedürfnissen (Begehrlichkeiten) der Menschen und der Leistungsfähigkeit von Ökosystemen.

Die Ansprüche an die Waldbewirtschaftung wandelten sich mit der Zeit. Die zunächst nur auf die Erzeugung von Holz ausgelegte Forstwirtschaft wird heute als multifunktionale Waldnutzung bezeichnet. Denn Wälder sind viel mehr als nur Rohstoffproduzenten. Als natürliches Ökosystem sind sie Bestandteil der biologischen Vielfalt. Sie haben zahlreiche Wirkungen, die auch für uns Menschen wichtig sind. Erholung, Lärmschutz, Wasserversorgung, Bodenschutz und vieles mehr. Die Holzproduktion bleibt aber das mit Abstand wichtigste Bewirtschaftungsziel. Etwa 90 Prozent ihrer Einnahmen erzielen die Betriebe mit dem Holzverkauf.

Quadratur des Kreises

Wer Wald bewirtschaftet, steht vor einem Dilemma. Die Verfolgung wirtschaftlicher Ziele führt dazu, dass

der Wald seine anderen Funktionen nicht oder nur teilweise erfüllen kann, und umgekehrt. Man muss sich dafür rechtfertigen, dass man Bäume fällt oder den Wald so umgestaltet hat, dass man ihm möglichst viel Nutzholz entnehmen kann. Der deutsche Wald ist nur noch zu geringen Teilen „naturnah“, Plantagen aus Fichten und Kiefern beherrschen die Hälfte der Waldfläche und viele Laubwälder sind ebenfalls strukturarm. Natürliche Waldökosysteme am ursprünglichen Standort gibt es kaum noch. Dafür können die BürgerInnen Holz und Holzprodukte zu niedrigsten Preisen kaufen. Papier ist ein Wegwerfprodukt, Brennholz billiger als andere Energieträger. WaldeigentümerInnen, die auf Einnahmen aus ihren Betrieben angewiesen sind, müssen also Holz verkaufen, schon um ihre MitarbeiterInnen zu beschäftigen. Fast alle anderen Leistungen, die ihre Wälder erbringen, führen nicht zu Einnahmen. Im Gegenteil: So sind zum Beispiel vielerorts Wasserabgaben zu zahlen, obwohl Wälder doch für einen ausgeglichenen Wasserhaushalt und sauberes Trinkwasser sorgen.

Seit Jahren versuchen WaldeigentümerInnen daher, die Waldfunktionen als wichtige Dienstleistung darzustellen. Das dient der Begründung für ihre Holzproduktion, für die sie oft kritisiert werden. Die Kritik ist angebracht, wenn brachiale Methoden praktiziert werden und der Naturschutz auf der Strecke bleibt. Doch warum muss man sich eigentlich für die Erzeugung des nachwachsenden und wertvollen Rohstoffes rechtfertigen?

Der Anspruch, neben der Holzerzeugung eine umfassende Nachhaltigkeit zu gewährleisten, gleicht somit der Quadratur des Kreises.

Diese lässt sich auch mit rhetorischen Kunstgriffen nicht darstellen. So wird gerne betont, dass die aktuelle biologische Vielfalt in Deutschlands Wäldern der Forstwirtschaft zu verdanken sei. Gewiss, hätten wir anstelle der Wälder Maisäcker oder Parkplätze, wäre die Vielfalt geringer. Im Vergleich zu Naturwäldern, die sich selbst entwickeln dürfen, sind aber Wälder mit Holznutzung zwangsläufig ärmer an Biodiversität. Alte Bäume sind selten, da man das Holz ja schon vorzeitig verkauft. Kein Sägewerk kauft vermoderndes Holz. Baumarten mit geringerem Wachstum oder schlechter verkäuflichem Holz werden zurückgedrängt, da man sonst auf Einnahmen verzichten müsste. Darunter leidet die Vielfalt. Zudem schadet die maschinelle Holzernte den Böden schwer. Weniger wäre also besser.

Holz-Boom würde Nachhaltigkeit gefährden

Man weiß inzwischen, dass es nicht reicht, im Kielwasser der Holzerzeugung alle anderen Waldfunktionen in ausreichendem Umfang zu erhalten. Da Holz aber weiterhin absoluten Vorrang genießt, bleibt es dabei, dass im deutschen Wald zu wenig dafür getan wird, die Böden zu schützen und die biologische Vielfalt wiederherzustellen. Im Gegenteil: Abgesehen von einigen erfreulichen und vorbildlichen Beispielen der Forstpraxis und der Ausweisung neuer Schutzgebiete steigt der Nutzungsdruck auf die Wälder weiter an. Dies rechtfertigt man mit der Erfüllung anderer Ziele. Die Holzverwendung wird als wichtige Klimaschutzlerin gepriesen. Mehr Holz für den Bau, mehr Energieholz als Ersatz für Heizöl. Mehr Verpackungsmaterial aus Papier und Pappe, um den Plastikverbrauch zu ver-

ringern. Auch für die Verwendung im Rahmen der Bioökonomie² will man mehr Holz als nachwachsenden Rohstoff verbrauchen. Nicht zuletzt wird die biologische Vielfalt geschädigt, wenn schnellwachsende Baumarten heimische Bäume und Sträucher verdrängen – natürlich im Namen des Klimaschutzes.

Das Geschäftsmodell Waldnutzung durch Holzeinschlag und -verkauf ist wenig ertragreich, wenn man naturnahe Forstwirtschaft betreibt. Denn die vielfältigen Leistungen solcher Betriebe werden nur von wenigen EigentümerInnen (z. B. Stadtwald Lübeck) angemessen entlohnt. Zu viele anderen Ziele hemmen oder verhindern einen besseren Beitrag der Forstwirtschaft zur Erfüllung wichtiger Nachhaltigkeitsziele. Das Hobby einer wildvermehrenden Jagd verhindert die Umgestaltung naturferner Nadelbaumplantagen in arten- und strukturreiche Mischwälder, weil zu viele Rehe die Laubbäumchen wegessen. Die Erwartungen der HolzverarbeiterInnen an günstiges und technisch einfach verwendbares Holz (v. a. mittleres Fichten- und Kiefernholz) verführt zu viele Betriebe dazu, diese Nadelbaumplantagen weiter zu betreiben, von denen heute viele zu Opfern der Klimakrise werden.

Hinzu kommen Widerstände auch von ForstakteurInnen gegen die Un-

terschutzstellung weiterer Waldgebiete. Damit wird das Ziel der Bundesregierung, 5 Prozent der Wälder einer holznutzungsfreien, natürlichen Entwicklung zu überlassen, bis heute mit 2,8 Prozent noch längst nicht erreicht. Auch beim Klimaschutz könnte eine Anreicherung der Holzvorräte dazu führen, kurzfristig mehr Kohlenstoff in die älter werdenden Bäume einzulagern.

Honorierung der Ökosystemleistungen als Ausweg

Wir müssen endlich dafür sorgen, dass neben der wichtigen Holzproduktion auch die Förderung und Erfüllung aller Ökosystemleistungen honoriert wird, die ja für uns alle, für das Gemeinwohl wichtig sind. Dann könnten sich alle Waldeigentümer eine schonendere Holznutzung leisten und mehr für den Erhalt gesunder Waldökosysteme tun. Als Leitlinie für eine angemessene Honorierung könnte eine verbindlich vereinbarte „gute fachliche Praxis“ sein. Wer diese Mindestkriterien erfüllt, sollte ein Entgelt erhalten. Wer mehr unternimmt, dem sollten dann auch weitere Entgelte zustehen. Wir als Gesellschaft müssen das aber unterstützen, indem wir unseren Holzverbrauch gerade bei kurzlebigen Produkten verringern, und auch unseren finanziellen Beitrag für diese Aufgabe leisten. Dann wäre

die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in unseren Wäldern machbar.



László Maráz

Der Autor koordiniert die Dialogplattform Wald und die AG Wälder beim Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 <https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung/ziel-15-landoekosysteme-schuetzen-wiederherstellen-und-ihre.html>
- 2 https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/01/Erkla%CC%88rung-Bioo%CC%88konomie_final.pdf



© László Maráz

Von Erholung, Lärmschutz, Wasserversorgung bis zu Bodenschutz: Der Wald kann viel, aber die Holzproduktion bleibt das wichtigste Bewirtschaftungsziel und gefährdet somit seine anderen Funktionen.



(K)EIN BISSCHEN MEHR FRIEDEN?

Unberechenbare Rüstungsexportpolitik konterkariert friedenspolitische Bemühungen der Bundesregierung

Gewalt, Kriege und Konflikte stellen nach wie vor „die größte Gefahr für die menschliche Entwicklung“ dar. Aktuell lebt etwa jeder fünfte Mensch (circa 1,5 Milliarden) in Ländern, die von Gewalt, Krieg und Konflikten geprägt sind. Über 60 Millionen Menschen mussten 2016 vor Krieg und Gewalt flüchten. Auch die Bundesregierung und hiesige Rüstungsfirmen

machen sich daran mitschuldig – durch eine wenig restriktive Rüstungsexportpolitik und Waffenlieferungen in viele Krisen- und Kriegsgebiete dieser Welt.

DAS THEMA Frieden ist einer der fünf Grundpfeiler in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen (UN) und darüber hinaus als eigenständiges Ziel zentral in der Agenda 2030 verankert. Die Bundesregierung hat das Ziel 16 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG 16) einer friedlichen weltweiten Entwicklung und einer Verringerung aller Formen von Gewalt bis 2030, unter anderem in ihren 2017 verabschiedeten Leitlinien ‚Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern‘ konkretisiert. Dem Konzept liegt ein friedenspolitisches Leitbild zugrunde, das entsprechende klare Vorgaben für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik macht. Ausgespart bleibt in diesem Kontext allerdings die Wirtschaftspolitik und vor allem das Thema Rüstungsexporte.

Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete

Fast mantraartig wiederholt die Bundesregierung seit Jahren die Aussage, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu verfolgen. Die Exportpraxis straft diese Aussage jedoch Lügen: Seit Jahren schon gehört Deutschland zu den Top-Fünf-Rüstungsexporturen weltweit. 2018 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 4,82 Milliarden Euro bewilligt, über 50 Prozent davon ging an so genannte „Drittstaaten“ (Länder außerhalb der Europäischen Union und NATO sowie gleichgestellte Länder). Zu den Hauptempfängerländern zählen somit auch viele Konflikt- und Spannungsgebiete. Das bedeutendste Empfängerland deutscher Rüstungsgüter war 2018 Algerien mit gut 800 Milli-

onen Euro, auf Saudi-Arabien entfielen dem Bericht der Bundesregierung zufolge Genehmigungen in Höhe von 416,4 Millionen Euro.¹ Die wichtigsten Empfänger unter den Ländern des Globalen Südens waren Pakistan, Indien, Indonesien und Ägypten. Nach Informationen des Bonn International Center for Conversion (BICC) lieferte Deutschland 2017 Rüstungsgüter an 52 Staaten mit einer als sehr schlecht eingestuften Menschenrechtssituation und an 27 Länder mit internen Gewaltkonflikten.²

Krieg im Jemen: Bankrotterklärung für vermeintliche deutsche Friedenspolitik³

Für massive Kritik sorgten in den letzten Jahren vor allem die Rüstungsexporte an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und die übrigen Mitglieder der Kriegsallianz, die seit mehr als

vier Jahren einen blutigen Krieg im Jemen führen. Nach Angaben der UN sind bereits 18.000 ZivilistInnen durch die Kampfhandlungen ums Leben gekommen, über 3,3 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die UN sprechen daher von der „größten menschengemachten humanitären Katastrophe weltweit“.⁴ Mit ihren Luftangriffen und der Seeblockade ist die Kriegscoalition für einen Großteil der zivilen Opfer und Zerstörungen verantwortlich.

Allein im Zeitraum des Krieges im Jemen genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte im Umfang von über fünf Milliarden Euro an die Länder der Jemen-Kriegsallianz. Genehmigungen wurden unter anderem erteilt für Boote aller Art, Komponentenlieferungen für Panzer und Kampfflugzeuge, Bomben und Munition. Diese Güter kommen teilweise im Jemen-Krieg direkt zum



Jemen – ein Land in Schutt und Asche, auch durch deutsche Waffen

© NGO Mwatana

Einsatz wie z. B. die Kampfflugzeuge Eurofighter, die zu 30 Prozent aus deutschen Zulieferungen bestehen.

Die Koalition setzt im Jemen zudem Munition der MK 80-Serie ein, die nicht direkt von Deutschland aus geliefert wird, sondern von Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen in Italien und Südafrika hergestellt und von dort aus direkt an Saudi-Arabien und die VAE geliefert werden. Darüber hinaus hat das südafrikanische Joint-Venture Rheinmetall Denel Munition geholfen, komplette Munitionsfabriken in den Kriegsländern VAE, Saudi-Arabien und Ägypten zu errichten.

Ein bisschen Frieden?

Die neuen Exportrestriktionen gegenüber Saudi-Arabien

Dabei wollte die Große Koalition – oder zumindest Teile davon – Waffenlieferungen in den Krieg in den Jemen hinein verhindern. So sollten laut Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2018 keine Rüstungsausfuhren mehr an Länder erfolgen, die „unmittelbar am Jemen-Krieg“ beteiligt sind. Doch erst als Reaktion auf die Ermordung des saudischen Journalisten Kashoggi wurde im November 2018 ein zweimonatiger kompletter Stopp deutscher Rüstungsexporte an Saudi-Arabien erlassen. Dieser wurde zunächst im Januar und dann nochmals im März 2019 bis Ende September 2019 verlängert. Komponenten für Gemeinschaftsprojekte wie das Kampfflugzeug Eurofighter dürfen aber wieder geliefert werden – obwohl längst erwiesen ist, dass diese auch im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen. Ebenfalls nicht betroffen sind Rüs-

tungsexporte an andere Länder der Jemen-Kriegsallianz sowie Rüstungslieferungen deutscher Unternehmen, die über ausländische Tochterfirmen und Joint Ventures erfolgen. Auch hier bemüht sich die Bundesregierung nicht, existierende Schlupflöcher und Umgehungsstrategien deutscher Rüstungskonzerne zu schließen.

Die fadenscheinigen Argumente der Waffenbauer

Die deutsche Rüstungsindustrie streitet seit jeher vehement gegen Verschärfungen von Rüstungsexportrichtlinien. Als sie nach den Sondierungsgesprächen zur Großen Koalition befürchten musste, nicht mehr an die Jemen-Kriegsparteien liefern zu dürfen, schlug sie direkt Alarm und warnte vor „deutschen Sonderwegen“⁵ und einer Isolierung Deutschlands in EU und Nato auf dem Gebiet der Verteidigung. Ihr Einsatz lohnte sich: Die Formulierungen wurden abgeschwächt und der versprochene Exportstopp später nicht in die Praxis umgesetzt. Auch gegen die aktuellen Exportrestriktionen gegenüber Saudi-Arabien nach dem Tod Kashoggis lobbyieren die großen Rüstungskonzerne. Der Ex-Vorstandsvorsitzende der Airbus AG Tom Enders warf der Bundesregierung „moralischen Rigorismus“⁶ vor und die Lürssen-Werft verklagte die Bundesregierung auf Schadenersatz, weil sie mehrere Patrouillenboote aktuell nicht ausliefern darf.

Deutsche Rüstungsexporte – Friedenspolitik geht anders

Getrieben vom Druck durch die Rüstungsindustrie, die sich seit jeher

gegen jedwede Beschränkung bei Rüstungsexporten wendet, veranstaltet die Bundesregierung bei diesem Thema einen unberechenbaren Zickzackkurs, der einen einzigen Scherbenhaufen hinterlässt. Ernstgemeinte Friedenspolitik im Sinne des SDG 16 muss das Thema Rüstungsexporte integrieren. Ein rechtlich fixiertes Exportverbot an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten ist dabei ebenso unerlässlich wie klare Regeln, um ein Umgehen der ohnehin schon wenig restriktiven deutschen Rüstungsexportregeln durch die Gründung von Joint Ventures und Ähnlichem zu stoppen. Die Bundesregierung muss endlich Farbe bekennen und sich selbst eingestehen, dass ihre Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete Gewaltdynamiken verstärken und menschliches Elend vergrößern. Die Glaubwürdigkeit anderer friedenspolitischer Aktivitäten und Ambitionen wird dadurch jedenfalls massiv beschädigt.



Dr. Barbara Happe

Die Autorin ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald zu Rüstungs- und Finanzthemen.

- 1 BMWI (2019): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2018, Rüstungsexportbericht 2018. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=20.
- 2 GKKE (2018): Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE, S. 62. https://www.ohne-ruestung-leben.de/fileadmin/user_upload/drucke/gkke-2018.pdf.
- 3 urgewald (2018): Geschäfte mit dem Tod. Die Rolle Deutschlands im Jemen-Krieg. https://urgewald.org/sites/default/files/Briefing_Jemen_WEB_0.pdf.
- 4 <https://news.un.org/en/story/2018/11/1024782>.
- 5 BDSV (2018): Positionspapier des BDSV zu den Sondierungsergebnissen zur Vorbereitung einer Großen Koalition 2018-2021, S. 4.
- 6 <https://www.businessinsider.de/airbus-chef-wirft-bundesregierung-moralischen-rigorismus-vor-7313472>.



© NGO Mwatana

Ernstgemeinte Umsetzung des SDG 16 heißt Rüstungsexporte regeln.



BILLIONEN FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DER AGENDA 2030

Von der „Transformation unserer Welt“ zum Anlagemodell?

Die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist eine Mammutaufgabe. Diese Wahrnehmung wird unterstützt von Schätzungen, die davon ausgehen, dass zu ihrer Verwirklichung nicht mehr nur viele Milliarden, sondern Billionen von US-Dollar zusätzlich benötigt

werden. Diese Aussicht hat dazu geführt, dass Regierungen allein nicht mehr dazu in der Lage gesehen werden, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu realisieren. Doch während die Finanz- und Privatwirtschaft bereitwillig Mittel zu lukrativen Investitionen beischießt, wird aus dem Blick verloren, dass zur Umsetzung einer Nachhaltigkeitsagenda mehr nötig sein wird, als das Auftreiben neuer und zusätzlicher Finanzmittel. Zumal einige der diskutierten Instrumente nicht frei von Risiken und Nebenwirkungen sind.

SCHON WÄHREND der Formulierung der SDGs geisterten diverse Schätzungen durch die Reihen der ExpertInnen. Weil im Kontext der Agenda 2030 alle Politikbereiche adressiert werden, geht es bei ihrer Verwirklichung um gigantische Summen. Anstelle von Milliarden, wie noch für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele, gehe es jetzt um Billionen von US-Dollar pro Jahr. Damit sprengen die Summen nicht nur jedes vorstellbare Maß, sondern übertrafen auch bei Weitem die klassischen zur Hilfe genommenen Töpfe, von den Mitteln der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung bis zu den Mitteln, die zur Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen sind.

Wie das Kaninchen vor der Schlange

Das brachte die beteiligten Akteure schnell in eine verzwickte Lage. Wie sollten sie so große Mittel aufreiben? Denn viel Geld wird gerade in die Transformation im Globalen Norden gesteckt werden müssen, vom Kohleausstieg bis zur Neuaufstellung der Verkehrsinfrastruktur und der Armutsminderung. Dafür sind aber ganz andere Hebel nötig, als die eher geringen Summen, die für die internationale Zusammenarbeit bereitgestellt werden.

Entsprechend sind die beteiligten Akteure in eine Art Überforderungsspirale geraten. Dabei spielen drei Fehlschlüsse eine zentrale Rolle: (1) Die beteiligten Ressorts – in Deutschland das Entwicklungs- und das Umweltministerium – sehen sich (zu Recht) als zu schwach für die um-

fassende Aufgabe der Agenda 2030. Dabei wird übersehen, dass sie gar nicht die zentralen Ansprechpartner sein sollten; in Deutschland wären das das Finanz-, das Wirtschafts- oder Verkehrsministerium. Insgesamt spiegelt sich hier eine neoliberal geprägte Mutlosigkeit und ein Glaubensverlust in die eigene Handlungsfähigkeit. (2) Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung werden noch immer zuvörderst als Kostenfaktor gesehen. Wirtschaftswachstum und Industriepolitik werden als die Grundvoraussetzung dafür gesehen, ohne die „Deutschland sein hohes Einkommensniveau sowie sein hohes Niveau an Bildung, Umweltschutz, sozialer Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur nicht aufrechterhalten [könnte].“ (3) Damit hängt zusammen, dass Transformation nur als Zukunfts- und Zusatzaufgabe wahrgenommen wird. Dabei geht es nicht nur um eine grüne Garnitur für bestehende nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster, sondern um deren Ersatz.

Die SDGs als Anlagemodell?

Weitere Ablenkung bot die globale Ökonomie der letzten Jahre: In Folge der Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 sehen sich viele AnlegerInnen bei großer Liquidität schwindenden Anlagemöglichkeiten gegenüber. Diese versuchen sie nun möglichst risikoarm und renditereich im Bereich nachhaltiger Entwicklung zu erschließen.

Die Idee ist simpel: Regierungen subventionieren private Investitio-

nen in nachhaltige Sektoren (z. B. über Kreditausfallsversicherungen oder Bürgschaften) oder nutzen ihre Bonität für günstige Kredite. Dieses sogenannte Blending, also die Vermischung privater und öffentlicher Mittel zur Finanzierung der Nachhaltigkeitsziele hat aber einen Haken: Während es für AnlegerInnen tatsächlich lukrative Märkte eröffnet, werden die nötigen Mittel für die SDGs so auch nicht erreicht. Dafür werden aber die spärlichen Summen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt, die danach für weniger gewinnträchtige, dafür aber um so notwendige Investitionen – in Sozialsysteme in den ärmsten Ländern – nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ein anderer gerne vorgeschlagener Weg ist der der öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Dieses Instrument zur Infrastrukturfinanzierung wird für den Globalen Süden noch immer als Allheilmittel verkauft. Dabei zeigen zahlreiche Studien, dass ÖPP für die öffentliche Hand praktisch immer teurer und riskanter sind, als die normale Vertragsvergabe und Beschaffung. Daneben haben ÖPP oft auch noch negative Auswirkungen auf die Umsetzung der SDGs: Sie diskriminieren überdurchschnittlich oft arme Personen, haben potenziell schwerwiegende soziale und ökologische Auswirkungen, regelmäßig Transparenzdefizite und waren insgesamt nur schwer zu managen – auch für kapazitätsstarke Verwaltungen im Globalen Norden.

Ein weiteres Instrument, das von privaten und öffentlichen Akteuren

zur Finanzierung der SDGs diskutiert wird, sind bestimmte Anleihen bzw. Schuldverschreibungen (engl. bonds). „Green Bonds“ werden für die Finanzierung von Klima- und Umweltschutz-Maßnahmen ausgegeben. „SDG Bonds“ haben zum Ziel, Projekte zu verschiedenen SDGs zu finanzieren. Diese Art der Anleihen ist unter anderem deshalb interessant, weil sie als Vermittlerin zwischen institutionellen Investoren und Projekten mit Finanzierungsbedarf fungieren könnten. Sie sind durch öffentliche Mittel oder die schiere Größe der ausgebenden Institution abgesichert. Das ermöglicht günstigere Zinskonditionen als eine direkte Kreditaufnahme. Während dagegen prinzipiell wenig einzuwenden ist, zeigt sich bei einem genaueren Blick schnell, dass es sich hierbei (noch) um ein absolutes Nischenprodukt handelt. Auch gibt es noch keine festen Kriterien dafür, was sich als nachhaltiges Investment qualifiziert. Investitionen in ein Staudammprojekt könnten als CO₂-reduzierend mit Green Bonds finanziert werden. Die sozialen Folgen eines solchen Projekts widersprechen aber ggf. einer Reihe von SDGs.

Ohne Geld ist nicht alles nichts, aber...

Anstatt auf diese mehr oder weniger geeigneten Instrumente zu hoffen, die bestenfalls nur geringe Beiträge zur Verwirklichung der Agenda 2030 leisten werden, sollten sich die Regie-

rungen einige Dinge ins Bewusstsein rufen:

Erstens sind Staaten nur so schwach, wie wir sie sein lassen. Die Privatisierungs-, Deregulierungs- und Spar-Rallyes der letzten 25 bis 30 Jahre entspringen mitnichten irgendwelchen ökonomischen Naturgesetzen. Sowohl auf der Ausgaben- (Haushalts-), als auch auf der Einnahmen- (Steuer-)Seite staatlicher Finanzpolitik gibt es große Spielräume. Noch immer vermeiden transnationale Konzerne Steuern in vielfacher Milliardenhöhe. Noch immer verschwenden Staaten Unsummen für nicht-nachhaltige, umweltschädliche Subventionen von der Agrarpolitik bis zur Nicht-Besteuerung von Kerosin.

Zweitens ist kohärente Politik im Sinne nachhaltiger Entwicklung nicht lediglich ein Kostenfaktor, sondern kann seinerseits zukünftige Kosten vermeiden: WissenschaftlerInnen schätzen die gesamtwirtschaftlichen Verluste durch den Tabakkonsum auf über 1,4 Billionen US-Dollar pro Jahr; durch Landdegradierung sind mehr als 10 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts in Gefahr; Investor-Staat-Streitbeilegungsfälle haben bislang mindestens 88 Milliarden US-Dollar gekostet. Auch darf nicht übersehen werden, dass Umsetzung in vielen Fällen nichts mit Kosten oder Finanzinvestitionen zu tun hat. Denn neben den omnipräsenten Markt- und Preismechanismen bzw. Investitionsplänen zur ökologischen

und sozialen Steuerung gibt es auch noch die gute alte Regulierung, die – richtig gemacht – nicht nur keine Kosten verursacht, sondern welche einspart.

Zuletzt lenkt der Fokus auf neue und potentiell nachhaltige(re) Investitionsziele davon ab, dass auch mit der grünen Geldanlage kein Beitrag zur Umsetzung der SDGs oder der Klimaziele geleistet wird, wenn nicht gleichzeitig nicht-nachhaltige Verhältnisse beseitigt werden. Ein Windrad aufzustellen, vermindert nur dann Emissionen, wenn gleichzeitig Energie aus fossilen Energieträgern eingespart wird. So lange nachhaltige Investitionen nur das Sahnehäubchen auf einem ansonsten weiterhin verschwenderischen, ungerechten und unvernünftigen Wirtschaftssystem bleiben, wird die große Transformation ausbleiben.



Wolfgang Obenland

Der Autor ist Programmkoordinator des Global Policy Forum in Bonn.



© Josh Appel

Mit Risiken und Nebenwirkungen: Die Ideen zur Finanzierung der Agenda 2030 sind vielfältig.

Fair übers Meer



Unsere Forderungen

Die Kampagne „Fair übers Meer!“ fordert die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf, den Handel über See fair zu gestalten. Ein umweltfreundlicher, fairer und menschenwürdiger Seetransport ist eine Voraussetzung für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Aktuell ist die Schifffahrtspolitik für die breite Öffentlichkeit undurchsichtig und wird in vielerlei Hinsicht auch von staatlicher Seite zu wenig überwacht und reguliert.

Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis wenden wir uns gegen die Praxis der Billigflaggen, unhaltbare Arbeitsbedingungen an Bord und die extremen Umweltschädigungen durch den Seeverkehr. Die Rolle der Schifffahrt in der Globalisierung ist viel zu bedeutend, um sie weiterhin zu vernachlässigen.

Wir wollen hier Transparenz schaffen und fordern mehr kritische Auseinandersetzungen mit der Schifffahrt sowie eine verstärkte Einbindung der Beschäftigten und der Zivilgesellschaft in die politischen Prozesse.



**Für transparente Transportwege
in der Lieferkette**



Für einen gerechten Welthandel



**Für faire und menschenwürdige
Arbeitsbedingungen**



**Für konsequenten Umwelt-
und Klimaschutz**